Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,65. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 44. Donnerstag, den 21. Februar 1895. 2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.")

Berlin, 19. Februar 1895.

41. Sitzung.

Präsident von Levetzow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Tische des Bundesrathes: Dr. v. Bötticher u. A.

Die Berathung des Etats wird fortgesetzt mit dem Etat des Reichsamt des Innern beim Kapitel „Reichs-Versicherungsamt".

In Anknüpfung an die gestrige Debatte nimmt das Wort

Enneccerus (NL.): Redner billigt zwar die Tendenz des Zentrumsantrages, der die Mittel der Versicherungsanstalten dem landwirthschaftlichen Kreditbedürfnisse mehr als bisher zugänglich machen will, wünscht aber nicht, daß die Versicherungsanstalten durch direkte Gewährung von Darlehen den bestehenden Landeskreditinstituten Konkurrenz machen. Sie möchten es halten, wie die Versicherungsanstalt von Hessen-Nassau, welche Papiere der dortigen Landeskreditinstitute ankaufe und so indirekt der Landwirthschaft nütze. An der Verbesserung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes, für welches jetzt das Zentrum die Verantwortung geflissentlich ablehne, wolle er gern mitarbeiten. Man solle aber auch positive Vorschläge machen; bis jetzt habe er aber brauchbare Vorschläge nicht gehört. Einer Anlehnung der Alters- und Invaliditätsversicherung an die Berufsgenossenschaften könne er nicht das Wort reden, weil diese Verwaltung zu kostspielig werden würde. Das Markensystem betreffend, seien bessere Vorschläge noch nicht gemacht worden. Das finanzielle Ergebniß der Versicherung sei ein günstiges, es seien 300 Millionen Mark Ueberschüsse vorhanden. Trotzdem sei von keiner Seite eine Herabsetzung der Beiträge beantragt worden. Daraus möchten die Sozialdemokraten erkennen, daß es den bürgerlichen Parteien an Opferwilligkeit nicht fehlt. Mit einer Erleichterung des Rentenbezuges sei auch seine Partei einverstanden, wenn sie auch dem Antrag Auer, wie er gestellt sei, nicht zustimmen könne, denn die dort vorgeschlagene Abhängigmachung der Invalidität von der Höhe des Individuallohnes werde nur zu Ungerechtigkeiten führen. Herr Auer habe sich wohl auch kaum die finanzielle Tragweite ganz klar gemacht, die sein Antrag haben würde. Wichtiger erscheine ihm die Lücke, die zwischen Kranken- und Invalidenversicherung nach der Richtung hin bestehe, daß die Krankenkassen nur 13 Wochen Krankengeld zahlen, Invalidenrente aber erst bei völligem Eintritt der Invalidität bewilligt wird. Er werde gegen den Antrag Auer stimmen, da er aber für eine Korrektur des Gesetzes sei, den Antrag Hitze annehmen. Herr Molkenbuhr habe sich beklagt, daß nicht einmal die Hälfte der von den Arbeitern geleisteten Beiträge an sie in Gestalt von Renten zurückfließe. Das sei doch das Wesen an einer Versicherungsanstalt, daß sie Kapital ansammelt und auf Zins und Zinseszins legt, damit sie in späteren Jahren ihre Verpflichtungen erfüllen kann, sonst würde sie Konkurs machen. Das Gesammte komme doch den Arbeitern zu Gute. Es werde eine Zeit kommen, wo hoffentlich auch die Sozialdemokratie von dem Segen des Gesetzes überzeugt sein werde.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Klagen über das Gesetz werden von Jahr zu Jahr geringer werden. Das zeigt sich jetzt schon. Die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung wird von der Regierung mit demselben Eifer wie früher gefördert. Ueberall wird die bessernde Hand angelegt. Daß Mängel in dieser Gesetzgebung vorhanden sind, erkenne ich an. Eine Korrektur der Unfallversicherungsgesetzgebung ist durch Entwürfe bereits im Sommer des vorigen Jahres angestrebt worden. Wenn diese Entwürfe noch nicht an das Haus gelangt sind, so liege das an der genauen Prüfung, der diese Entwürfe in den Kreisen der Sachverständigen und Interessirten unterworfen werden. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk ist durch den Hinweis auf die schlechte Lage bekämpft worden, in der sich gegenwärtig das Handwerk befindet. Diese schlechte Lage muß zugegeben werden und es muß versucht werden, die Lasten minder drückend zu machen. Den Antrag des Abgeordneten Kruse begrüße ich mit Freuden. Was die Alters- und Invaliditätsversicherung betrifft, so sind wir fortgesetzt bemüht, sie zu verbessern, ohne doch die Grundlagen des Gesetzes zu verlassen. Zu dem radikalen Schritt, zu sagen: jeder Invalide erhält eine Rente und das Reich trägt die Kosten, können wir uns nicht entschließen. Der erziehliche Werth des ganzen Gesetzes ginge verloren, und es wäre ein Schritt zum sozialdemokratischen Zukunftsstaat. — Die Verwaltungskosten, deren Höhe der Abgeordnete Molkenbuhr bemängelt, sind sehr gering im Vergleiche zu den Verwaltungskosten anderer Versicherungsanstalten. Sie belaufen sich auf 50 Pfennig pro Kopf des Versicherten, während die Verwaltungskosten sich bei sieben Lebensversicherungsanstalten pro Kopf auf 16,33 Mark beliefen. Auch das Beamtenpersonal ist nicht zu groß. Der weitere Vorwurf des Abgeordneten Molkenbuhr, daß die Arbeiter noch nicht die Hälfte ihrer Beiträge in Gestalt der Rente zurückerhielten, beruht auf Verkennung des Wesens der Versicherung. Wir haben bekanntlich nicht das Umlage-, sondern das Kapitaldeckungsverfahren. In den folgenden Jahren wird sich das Ding ganz anders stellen: im Jahre 1896 wird die Summe der Renten bereits höher sein, als die Summe der Arbeiterbeiträge und im Jahre 1900 werden wir nach einer Wahrscheinlichkeitsberechnung 67 Millionen Renten zu zahlen haben, während wir nur 48 Millionen Arbeiterbeiträge erhalten. Sagen Sie (zu den Sozialdemokraten) das den Arbeitern in ihren Versammlungen. Wenn die Lasten der Armenpflege durch die Versicherungsgesetzgebung noch nicht gemindert werden, so liegt das an dem Umstand, daß die Armenpflege intensiver geworden ist. Den Antrag Auer bitte ich abzulehnen. Es sind das Detailfragen, die bei der Korrektur des ganzen Gesetzes behandelt werden. Es empfiehlt sich nicht, Einzelkorrekturen vorzunehmen. Außerdem sind es nicht einmal die dringendsten Verbesserungen, die der sozialdemokratische Entwurf vorschlägt. Gegen den Antrag Hitze habe ich nichts einzuwenden. Die Förderung der Zwecke, die der Antrag Pichler vorschlägt, ist von den Altersversicherungsanstalten bereits jetzt nicht vernachlässigt worden. Für Arbeiterwohnungen haben diese Anstalten über 5 Millionen hergeliehen, für gemeinnützige Zwecke überhaupt 12 Millionen. Die Regierungen haben nach dem Gesetz gar nicht die Befugniß, bestimmte Vorschriften über die Verwendung der Kapitalien zu erlassen, sie können nur anregen, und das thun sie heute auch schon. In der vorgelegten Form ist der Pichler'sche Antrag also unmöglich. Der Antrag des Abgeordneten Dr. Kruse ist überflüssig, denn die im Sommer vorigen Jahres im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Novelle zur Unfallversicherung sieht die Einbeziehung der Schiffer bereits vor. Ueber den weiteren Vorschlag, die klimatischen Krankheiten der Seeleute den Betriebsunfällen gleich zu erachten, ist mit der Seeberufsgenossenschaft bereits verhandelt worden. Die Vorarbeiten sind im Gange. Aus den diesmaligen Verhandlungen des Reichstages über die Alters- und Invaliditätsversicherung habe ich den Eindruck gewonnen, daß der Reichstag nicht geneigt ist, an den Fundamenten des Gesetzes zu rütteln. (Bravo.)

Grillenberger (S.); Meine Ausführungen gelten im Wesentlichen der Unfallversicherung. Bereits im Jahre 1889 beantragten wir ihre Abänderung; der Antrag ist aber bis heute noch nicht erledigt worden. Bevor ich aber auf diesen Antrag wieder zurückkomme, habe ich einige Vorwürfe zurückzuweisen, die uns über unsere Stellung zum Versicherungswesen im Allgemeinen hier und in der gegnerischen Presse gemacht werden. Es wird uns vorgeworfen, wir hätten gegen alle Versicherungsgesetze gestimmt, und man leitet daraus her, wir seien überhaupt Gegner der Arbeiterversicherungsgesetze. In Wirklichkeit sind wir von Anfang an Freunde der Gesetzgebung gewesen, nicht erst seit jetzt, wie Herr v. Bötticher meint, aber in der beliebten Form konnten wir sie nicht annehmen. Wir haben hauptsächlich deswegen gegen das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz gestimmt, weil es uns nicht weit genug ging, dann weiter wegen der Karenzzeit in der Unfallversicherung, wegen der zu niedrigen Rente, weil den Arbeitern keine Einwirkung auf die Verwaltung eingeräumt ist, dann hauptsächlich wegen der Organisationsform, wie sie sich in den Berufsgenossenschaften darstellt. Ich hätte gewünscht, daß der Vorstand des Reichsversicherungsamtes bei dieser so wichtigen Berathung hier zur Stelle wäre. Herr von Bötticher ist ja ein außerordentlich vielseitiger Beamter, gerecht in den verschiedensten Sätteln. Allein bei der riesigen Ausdehnung des Versicherungswesens muß ihm allmählig doch der Zügel aus der Hand gleiten, und es wäre die Anwesenheit des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes schon aus dem Grunde nothwendig, weil er bei gewissen speziellen Wünschen, die von unserer Seite vorgebracht werden, gleich die Grundsätze vertheidigen könnte, die sowohl die Schiedsgerichte wie das Reichsversicherungsamt bei gewissen Entscheidungen im Gegensatz zu der Auffassung der Arbeiterwelt leiten. Unser Antrag vom Jahre 1889 verlangte für den Titel des § 5, Abs. 2, Ziffer 2, des Unfallversicherungsgesetzes die Fassung, daß die Rente dem Verletzten nicht erst vom Beginn der vierzehnten Woche nach Eintritt des Unfalles ausgezahlt wird, sondern, daß im Falle einer früheren Beendigung des Heilverfahrens von dieser Zeit an die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu rechnen sei, und von diesem Zeitpunkt an die Berufsgenossenschaft verpflichtet werden solle, Rente zu bezahlen. Ich war deshalb, nachdem dieser Antrag zwei Mal von hier aus im Hause vertreten worden ist, einigermaßen erstaunt, vorhin von Herrn Enneccerus zu hören, daß wir eigentlich besser gethan hätten, dringlichere Punkte herauszugreifen als die, die Abg. Molkenbuhr gestern vertreten hat. Herr Enneccerus hat so gethan, als ob die 13wöchige Karenzzeit zur Alters- und Invaliditätsversicherung gehörte. Der Antrag Auer gehört zu dieser Versicherung, und in Bezug auf diesen Antrag sagt Enneccerus, es wäre doch viel nothwendiger gewesen, auf die Beseitigung der Karrenzzeit hinzuwirken. Das haben wir im Jahre 89 und 90 bereits beantragt und zwar sehr dringlich. Von den großen Opfern der Industrie für das Versicherungswesen ist wieder viel gesprochen worden. Man thut so, als ob zur Deckung der Unfallversicherung die Arbeiter keinerlei Beiträge leisteten und speziell ist dies wieder bei der großen Sozialreformdebatte durch Herrn v. Stumm behauptet worden. Gerade die Karrenzzeit ist als bester Beweis dafür anzuführen, daß die Arbeiter auch bei der Unfallversicherung sehr erhebliche Außenstände haben. Unbestritten fallen gegenwärtig noch 76 pCt. aller Unfälle zunächst auf die Krankenkassen. Die Beseitigung dieser Karenzzeit verlangten wir gleich bei der Einführung des Gesetzes, und Herr v. Bötticher erkannte damals bereits an, daß hier ein schwerer Uebelstand vorliege, und in den neuen Entwürfen, die im vorigen Sommer zur Veröffentlichung gelangten, ist auch eine Besserung auf diesem Gebiet in Aussicht gestellt. Häufig kommt es vor, daß ein Verunglückter, der nach einiger Zeit wieder einnigermaßen arbeitsfähig wird, von Neuem verunglückt und dabei seinen Tod findet. Seine Hinterbliebenen bekommen dann nur aus diesem reduzirten Arbeitsverdienst die Rente, so daß sie also unter dem Umstand, daß der Mann schon einmal verunglückt ist, außerordentlich zu leiden haben. Diesen Uebelstand wollte unser Antrag beseitigen. Seine Berechtigung erkannte Herr v. Bötticher damals auch an, und hob er hervor, es sei zweifelhaft, welcher Berufsgenossenschaft denn die Verpflichtung aufzuerlegen sei, diesen Zuschuß an die Hinterbliebenen zu zahlen. Ueber diesen Zweifel scheint man nicht hinweggekommen zu sein, denn meines Wissens ist eine Verbesserung in dieser Hinsicht in den neuen Entwürfen nicht vorgesehen. (Zuruf vom Bundesrathstisch). Es wird mir vom Regierungstische zugerufen: „Doch etwas!" Ich weiß, daß bis zu einem gewissen Theile — es handelt sich dabei lediglich um die Begräbnißkosten — darauf Rücksicht genommen ist, aber doch durchaus nicht in dem von uns verlangten Maße. — Vor der Stagnation der sozialen Gesetzgebung haben wir vor einigen Wochen in diesem Hause sehr viel zu hören bekommen. Herr v. Bötticher will jetzt nichts davon wissen, sondern erklärt, die Verzögerung werde durch die außerordentlich sorgfältige Ausarbeitung der neuen Vorschläge herbeigeführt. Es ist nur einige Wochen her, da erklärte man vom Regierungstisch ausdrücklich, man neige jetzt zu der Ansicht, daß man es sich sehr wohl überlegen müsse, ehe man überhaupt auf diesem Gebiet einen weiteren Schritt thue, und zwar deshalb, weil bis jetzt alle gesetzgeberischen Versuche nur dazu geführt hätten, Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie zu leiten; so lange die Sozialdemokratie den Hauptvortheil aus diesen Gesetzen ziehe, werde man sich hüten, überhaupt etwas weiter zu thun. Wenn die Herren glauben, besser zu fahren, wenn sie die soziale Gesetzgebung stocken lassen, so ist das ihre Sache. Wenn die Gesetzgebung lediglich uns genützt hat, so ist das ein Beweis dafür, daß die Gesetze lange nicht weit genug gehen, unsere tief greifenden Schäden innerhalb unserer Gesetzgebung zu beseitigen, oder auch nur zu mildern. Einen besseren Einfluß auf die allgemeine Lebenshaltung der arbeitenden Klassen hat die Gesetzgebung nicht ausgeübt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) Wir sollen, so wurde uns vorgeworfen, die Gesetze blos benutzen, um die gute Gesinnung der Arbeiter zu vergiften. Wir wollten blos hetzen und die Unzufriedenheit steigern. In Wirklichkeit haben wir gar keinen Einfluß auf die Annahme oder Ablehnung dieser Gesetze gehabt. Sie wurden angenommen mit oder gegen unsere Stimmen. Warum haben Sie die Unzufriedenheit nicht beseitigt. Unser negirender Standpunkt hätte uns dann ja garnichts genützt. Die Unzufriedenheit aber ist die alte geblieben, weil die Gesetze auf falscher Grundlage aufgebaut sind und lange nicht weit genug gehen, und weil ihre Handhabung die Arbeiter nicht befriedigt. Die Versicherung der Strafgefangenen, die wir angeregt haben, ist erfolgt, aber in einer lange nicht weit genug gehenden Form. In Bezug auf Vorbeugungsmaßregeln gegen Unfälle müssen wir in das Gesetz selbst hinein Bestimmungen bekommen, die dafür sorgen, daß den Erlassen des Reichsversicherungsamtes größerer Nachdruck gegeben werden kann. In den Entwürfen ist hiervon leider nicht die Rede. Ich habe dabei besonders das zahlreiche Vorkommen von Unfällen in den landwirthschaftlichen Betrieben im Auge. Die Belehrungen und Anordnungen der Berufsgenossenschaften und des Reichsversicherungsamtes haben hier außerordentlich wenig genützt. In den land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beträgt der Prozentsatz der Unfälle, die durch bessere Schutzvorrichtungen seitens der Unternehmer und größere Aufmerksamkeit hätten vermieden werden können, 66 pCt. Das Reichsversicherungsamt sagt richtig, daß der Grundgedanke des Unfallversicherungsgesetzes nicht blos darin besteht, Unfälle zu entschädigen, sondern auch, sie zu verhüten. Man könnte den Umstand daß gerade in den landwirthschaftlichen Betrieben so wenig zur Verhütung von Unfällen geschieht, wenn man boshaft wäre, darauf zurückführen, daß es sich hier ja um die sog. nothleidenden Großgrundbesitzer handelt, denen man nicht gern auf ihre geehrten Hühneraugen tritt. Sie haben die Ausführung in der Hand und schneiden sich nicht gern ins eigene Fleisch. Das erklärt Alles. — Nun zu den Schäden, die in der heutigen Unfallversicherung vorhanden sind und die mit dem Organisationswesen dem Grundgedanken des Gesetzes zusammenhängen. Die Grundlage der Versicherungsgesetze solle nicht erschüttert werden, verlangte Herr von Bötticher. Das wollen wir aber gerade. Die Grundlage ist falsch.

Die Berufsgenossenschaften können die Unfallversicherung auf die Dauer nicht so durchführen, wie es im Interesse der verunglückten Arbeiter geboten ist. Eine Notiz ging kürzlich durch die Presse, daß das Reichsversicherungsamt jährlich 10 000 Rechtsfälle zu entscheiden habe, daß nächstens zwei neue Senate gebildet werden, und daß auch während der Ferien Spruchsenate sitzen müßten.

Es war hinzugefügt, daß man bei Entstehung der Unfallgesetze angenommen habe, daß die Liberalität der Genossenschaften es kaum zu Prozessen kommen lassen werde. Diese Hoffnung hat sich in der That nicht erfüllt. Die Berufsgenossenschaften haben sich zu Zünften der Großkapitalisten und Großindustriellen entwickelt, die in diesem Rahmen ihre wirthschaftlichen Interessen verfolgen. Ihr Hauptgesichtspunkt ist, möglichst wenig zu zahlen. Nur einige drastische Beispiele hierfür, die ich aus Akten, die dem Nürnberger Arbeitersekretariat über die Verhandlungen vor Schiedsgerichten zugegangen sind, entnehme. Wie nothwendig die Erweiterung des Begriffs „Betriebsunfall" ist, zeigt folgender Fall: Ein Eisenarbeiter, der in dem Eisenwerke von Tafel u. Co. in einem Vorort Nürnbergs arbeitete, beging während der Nachttour die Unvorsichtigkeit, nachdem er am Schmelzofen mehrere Stunden beschäftigt und ganz in Schweiß gebadet war, an die offene Thür zu gehen und sich dem scharfen Zuge auszusetzen. Die Folge war ein Schlaganfall, der eine Lähmung der einen Hand und theilweise Gesichtslähmung herbeiführte. Der Mann ist mit seinen Ansprüchen auf Unfallrente abgewiesen worden, weil kein Betriebsunfall vorliege. Ein Metzgergeselle gerieth mit der linken Hand in eine Fleischhackmaschine. Die Berufsgenossenschaft bot ihm 10 pZt. der vollen Rente als Entschädigung, die Innung taxirte seine Erwerbsbeschränkung auf 40 pZt. Man sollte doch meinen, daß ihr Gutachten mindestens ebenso viel, wenn nicht mehr werth sein müsse, als das des von der Berufsgenossenschaft abhängigen Vertrauensarztes. Die Institution der Vertrauensärzte ist eine der allerschlimmsten Einrichtungen. Sie geben den Ausschlag für die Rentenfestsetzung sie setzen, Alles über einen Kamm scheerend und ohne die Berufsarbeiten der Einzelnen zu kennen, den Prozentsatz der Erwerbsunfähigkeit fest. So entstehen die krassen Ungerechtigkeiten in den Urtheilen der Schiedsgerichte. Wie inkorrekt ist es, die Theilrente, die durch das Gesetz selbst nicht vorgesehen ist, sondern deren Festsetzung den Berufsgenossenschaften und Schiedsgerichten überlassen ist, zu berechnen nicht nach dem wirklichen durchschnittlichen Arbeitslohn des Verunglückten, sondern nach der Vollrente, die auf Grund der vollständigen Erwerbsunfähigkeit festgesetzt ist. So kommen lächerlich winzige Renten zu Stande. Einem Arbeiter, der beim Bau eine schwere Kopfverletzung erlitten hat, der an zwei Krücken gehen muß und sich nicht bücken kann, hat man die volle Rente gestrichen. Bei derselben Berufsgenossen-

schaft wurde einem Arbeiter, der einen sehr schweren Unfall erlitten hat, einfach die Rente auf 50 pCt. heruntergesetzt mit der Motivirung, daß die Fortdauer seines Leidens nicht auf den Unfall zurückzuführen sei, sondern auf schlechte Ernährung. Ist das nicht geradezu köstlich? Der Mann kann selbstredend nach dem schweren Unfall mit der ihm zugebilligten, zunächst vollen Rente sich nicht so ernähren, wie es nothwendig gewesen wäre. Er kommt bei der Nachuntersuchung den Herren schlechter vor und als Folge davon streichen sie ihm noch 50 pCt. von seiner Rente, statt ihm die volle zu lassen. Es ist doch wunderbar, wie boshaft die Arbeiter sind: sie ernähren sich sogar schlechter, um nur eine volle Rente zu erzielen! Und das Schiedsgericht streicht sie zur Hälfte, wahrscheinlich zu dem Zwecke, damit sich der Verunglückte in Zukunft besser ernähren kann. Dieselbe Berufsgenossenschaft giebt einem Tagelöhner, der einen schweren Rippenbruch erlitten hat und ganz arbeitsunfähig ist, 10 pCt., monatlich 3,55 Mark. Da wundert man sich, wenn die Arbeiter unzufrieden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist karakteristisch, daß 49 pCt. aller Aussprüche der Schiedsgerichte vom Reichsversicherungsamt zu Gunsten der Arbeiter umgeändert werden müssen. Aber auch die Behandlungsweise der Arbeiterunfälle durch das Reichsversicherungsamt ist unter dem schwerwiegenden Einfluß der Großindustriellen bereits eine schlechtere geworden, als sie Anfangs nach Erlaß des Gesetzes war. Bruchleiden werden in der Regel von den Berufsgenossenschaften nicht als Betriebsunfälle angesehen: das verstößt gegen Geist und Sinn des Gesetzes. Bei speziellen Berufsgenossenschaften tritt eine derartige rigorose Behandlung, die nicht mehr mit loyalen Mitteln arbeitet, nur um sich vor der Entschädigungspflicht zu drücken, besonders deutlich hervor. Die Form der Berufsgenossenschaften fördert den Klassenegoismus der Kapitalisten. Ihr ist die in den Entwürfen in Bezug auf die Unfallorganisation des Handwerks vorgeschlagene Form, nämlich die territoriale und lokale Gruppirung mit einer neu zu schaffenden Zentralisation, entschieden vorzuziehen. — Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk erscheint uns nothwendig. Und nicht nur die Gehülfen, auch die Meister müssen hineinbezogen werden. Redner erinnert an das Schmiedehandwerk. Die „Freisinnige Zeitung" hat vor Ueberhastung gewarnt. Bei einigen Handwerken könne die obligatorische Versicherung nöthig sein, bei den Schustern und Schneidern z. B. sei sie doch überflüssig. Nun könne man an der Nähmaschine in der Schneiderei und Schuhmacherei auch im handwerksmäßigen Betrieb sich böse Verletzungen holen. Ein Schnitt mit dem Schusterkneif kann sehr gefährlich sein. Die Einbeziehung aller Handwerksbetriebe ist nothwendig. Die Form der Organisation kann so eingerichtet werden, daß sie billiger zu stehen kommt, als bei den Berufsgenossenschaften. Sollte sich herausstellen, daß das Handwerk allein die Lasten der Versicherung nicht tragen kann, so sind wir — das ist meine persönliche Ansicht, aber ich glaube der Zustimmung meiner Freunde gewiß zu sein — geneigt, das Reich zu Zuschüssen zu ermächtigen. Man mache aber kein neues Flickwerk, sondern nehme eine tiefgreifende Aenderung des Gesetzes vor. Uns schwebt als Ideal des Versicherungswesens innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung vor, daß die ganze Arbeiterversicherung, die Alters- und Invaliditätsversicherung, in einem großen zentralen Körper zusammengefaßt und daß auch die Art der Beitragsleistung allmälig eine gleichmäßigere werden müßte. (Sehr richtig!) Das Reichsversicherungsamt müßte endlich einmal ein selbstständiges Reichsamt werden. Noch ein paar Worte zur Alters- und Invaliditätsversicherung: Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Ansammlung von Kapitalien weit über die Summen hinausgegangen ist, die ursprünglich in Aussicht genommen waren. Da sollte man doch wirklich bei der Zulassung zur Invalidenrente etwas weniger rigoros als gegenwärtig sein. (Sehr richtig! links.) Heute ist die Altersversicherung, die blos dekoratives Beiwerk sein sollte, zur Hauptsache geworden. Noch auf einen Unfug will ich hinweisen, der früher in den Werkstätten der kaiserlichen Marine vorkam, jetzt aber abgeschafft sein soll, den Uns nämlich, daß den alten Arbeitern von den Löhnen der Betrag abgezogen wird, den sie aus der Altersversicherung bekommen. Soviel ich weiß, wird in ähnlicher Weise verfahren bei den baierischen Staatswerkstätten in Bezug auf die sogen. theilweise Unfallrente bei sogen. kleinen Unfällen. Aehnliches soll von der preußischen Eisenbahndirektion in Magdeburg geübt werden. Merkwürdig ist der Antrag des Zentrumsabg. Pichler. Er verlangt, daß die Summen, die durch die Altersversicherungsbeiträge angesammelt werden, mehr als bisher dem landwirthschaftlichen Kredit zugewendet werden. Auf der einen Seite verlangen die Herren Kredit aus den Geldern, die von den versicherten Arbeitern aufgesammelt sind, und auf der anderen Seite verlangen sie — wie gestern der Zentrumsabgeordnete Steininger — daß die Bauern mit ihren Leuten keinerlei Beiträge dazu zu zahlen brauchen. Das ist doch inkonsequent. Dem Antrag Kruse stimmen wir zu. Wir können auch, wenn der Absatz: unter Ablehnung des Antrags Auer — beseitigt wird, für den Antrag Hitze stimmen, aber ebenso gut könnten auch die Herren vom Zentrum unserm Antrage zustimmen. Sie legen der Regierung nahe, daß die von uns herausgegriffenen Punkte bei der Umänderung des Gesetzes berücksichtigt werden. So dringend nothwendig aber auch die Abänderung des Klebegesetzes ist, noch nothwendiger ist die Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Möge die Regierung sich beeilen, ihre Entwürfe endlich vors Haus zu bringen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Rösicke (wildlib.) hat gegen die Heranziehung der Arbeiter zur Verwaltung der Unfallversicherung nichts einzuwenden, glaubt aber, bei der jetzigen Stimmung des Hauses und der Stellung der Regierung, daß es sich vorläufig um einen frommen Wunsch handeln werde. Eine Verkürzung der Wartezeit könne eintreten; jetzt erhielten viele Arbeiter keine Rente, weil sie nicht nachweisen könnten, daß sie drei Jahre Beiträge geleistet hätten. Die Sozialdemokraten sollten, anstatt auf die sozialpolitischen Gesetze fortwährend zu schimpfen, die Arbeiter lieber über diese ihre Nachweispflicht aufklären. Die Opposition der Sozialdemokratie gegen das Gesetz sei übrigens entschieden geringer geworden; früher behauptete man auf sozialdemokratischer Seite, es gebe keine Arbeiter, die 70 Jahre alt würden. Jetzt will man sogar die Rentenerlangung für die 70jährigen Arbeiter erleichtern. Er hoffe, die Sozialdemokraten würden noch die besten Freunde des Gesetzes werden. Der Antrag des Zentrums, aus den Mitteln der Versicherungsanstalten die landwirthschaftlichen Kreditbedürfnisse zu unterstützen, könne doch nur unter der Voraussetzung angenommen werden, wenn die landwirthschaftlichen Betriebe nicht aus der Versicherungspflicht herausgelassen würden. Die Anklagen, die der Abgeordnete Grillenberger heute gegen die Berufsgenossenschaften gerichtet haben, seien übertrieben, diese Angriffe stützten sich nicht auf unzweifelhafte Thatsachen, sondern auf Mittheilungen von Personen, die dabei Partei sind. Die Sozialdemokraten sollten sich eines objektiven Urtheils befleißigen, aber alle ihre Urtheile enthielten ein gewisses Maß von Unwahrhaftigkeit. Sie behandelten Alles einseitig und behaupteten, nur auf Seite des Berufsgenossenschaften herrsche nichts wie Eigennutz. Es gäbe doch aber auch so viele Geschäftssozialisten, die sogar den Führern der Partei selbst unangenehm würden. Viele Unfälle resultirten aus der Unvorsichtigkeit der Arbeiter selbst, wie das auch das Fabrik-Inspektor Börrishofer in Baden anerkannt habe. Für ihre Liberalität hätten die Berufsgenossenschaften genug Beweise gegeben. Ein österreichischer Arbeiter, der einen Unfall erlitten hatte, habe durch seinen Rechtsanwalt eine Pauschalentschädigungssumme geltend gemacht. Die Summe erschien der Berufsgenossenschaft zu niedrig und sie erhöhte freiwillig die geforderte Summe um 50 pCt. Die Angriffe der Sozialdemokraten prallten an den Berufsgenossenschaften ab und fielen auf Die zurück, die sie erhoben. (Beifall.)

Hilpert (bayr. Bauernb.) beklagt die hohen Kosten der Arbeiterversicherung für die Landwirthschaft.

Meyer-Danzig (NP.) bedauert, daß die von der Arbeiterversicherung erwarteten Erfolge bis jetzt nicht eingetreten seien, und legt näher dar, wie die Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung einen stetigen Zankapfel bildeten.

Kühn (SD., da er vom Platze spricht, auf der Tribüne fast unverständlich) polemisirt gegen den Abg. Rösicke. In jeder sozialdemokratischen Versammlung würden die Arbeiter über die gesetzlichen Bestimmungen der sozialpolitischen Gesetze belehrt. Redner wendet sich gegen das Zentrum, das s. Zt. mit Ausnahme von 13 bis 14 Mitgliedern gegen das Unfallversicherungs-Gesetz gestimmt habe. Er erinnere an das Wort Windthorsts von der Begehrlichkeit der Arbeiter, die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums sei also durchaus nicht so zweifelsohne. Daß für die Rechte nicht Arbeiterfreundlichkeit der Beweggrund zur Annahme der Arbeiterversicherungsgesetze gewesen sei, habe Abg. v. Kardorff selbst zugegeben, als er erklärte, man hätte das Alters- und Invaliditätsgesetz nicht angenommen, wenn man den Fall des Sozialistengesetzes hätte voraussehen können. Die Berufsgenossenschaften hätten das Bestreben, die Entschädigungen möglichst zu verkürzen und in letzter Zeit habe sich auch das Reichsversicherungsamt den Einflüssen der Berufsgenossenschaften nicht mehr ganz entziehen können. Die Verbesserung der Gesetzgebung sei dringend nothwenig, etwas mehr „Volldampf voraus!" könnte dabei nichts schaden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hofmann-Chemnitz (SD., mit Unruhe von der Rechten empfangen) führt Beschwerde darüber, daß sehr häufig die Arbeitgeber die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung von ihren Arbeitern eingezogen, die Marken aber nicht eingeklebt hätten. Die Staatsanwälte seien nur sehr schwer zu bewegen, gegen diese Unterschlagungen einzuschreiten! Dagegen seien Arbeiter, die ihre Beiträge nicht hätten zahlen können, ausgepfändet worden.

Die Debatte wird geschlossen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird zur Abstimmung über die Resolution geschritten.

Die Resolution Pichler-Hitze Verwendung der Ueberschüsse für landwirthschaftliche Kreditanstalten und Arbeiterwohnungen) wird abgelehnt mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Konservativen.

Die Resolution Hitze (beschleunigte Vorlegung des revidirten Unfall- und Altersgrenzes) wird angenommen. Ebenso wird die Resolution Kruse (Einbeziehung der Hochseefischer) angenommen. Der Antrag Auer (Erleichterung der Erlangung der Invalidenrente) wird abgelehnt.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Physikalisch-technische Reichsanstalt" widmet Staatssekretär von Bötticher dem verstorbenen Professor v. Helmholtz einen warmempfundenen Nachruf. Herr v. Helmholtz war Präsident der Anstalt und bezog neben dem Gehalt von 15 000 Mk. eine persönliche Zulage von 9000 Mk. Dem Nachfolger des Herrn v. Helmholtz werde eine Zulage von 5000 Mk. zu bewilligen sein und er sei dem Abg. v. Kardorff dankbar, daß er einen dahingehenden Antrag gestellt habe.

Schultz-Lupis (NP.) bedauert die abfälligen Bemerkungen, die im vorigen Jahre gegen die Physikalisch-technische Reichsanstalt ausgesprochen worden seien und die den verdienstvollen Helmholtz, einen Mann, der den Ruhm deutscher Wissenschaft noch in die spätesten Jahrhunderte tragen werde, tief gekränkt hätten. Die Reichsanstalt habe sehr segensreich gewirkt, es erübrige sich nur noch, den Publikationen der Anstalt die weiteste Verbreitung zu sichern.

Staatssekretär von Bötticher sagt die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Der Antrag von Kardorff auf Bewilligung einer persönlichen Zulage von 5000 Mk. für den Präsidenten der Reichsanstalt wird einstimmig angenommen.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso nach unerheblicher Debatte der Rest des Etats des Reichsamts des Innern.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr.

(Tagesordnung: Dritte Berathung des Jesuitenantrages. Zweite Berathung des Antrages Pachnicke, Ancker und Auer, betr. das Wahlrecht in den Bundesstaaten. Erste Berathung des Antrages Bachem, betr. die gewerblichen Verhältnisse der Arbeiter. Berathung des Antrages v. Hammerstein in Verbindung mit dem Antrag Liebermann von Sonnenberg, betr. die Einwanderung ausländischer Juden.)

Schluß 6½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut. Es ist gerade ein Jahr her, daß in Berlin der Bund der Landwirthe seine Generalversammlung abhielt. Die Vertretung des junkerlichen Großgrundbesitzes und des Großbauernthums, die alle Folgen der Agrarkrisis von dem landwirthschaftlichen Unternehmerthum auf die Masse der Konsumenten abwälzen will, fand damals verschlossene Thüren bei der Regierung. Doch gab diese auch dem Grundbesitzerstande so viel wie möglich, erhielt den Getreidezoll in Höhe von 3,50 Mark aufrecht und gewährte im Interesse der ostelbischen Kornproduzenten die Aufhebung des Identitätsnachweises, die dem Getreideverkäufer die volle Höhe des Zolles als Preiszuschlag gewährleistet. Schließlich sah sie sich doch gezwungen, der maßlosen Begehrlichkeit jener Kreise ein Halt zu gebieten; sie sah, als Regierung auch der brotverzehrenden Volksmassen und der auf Ausfuhr angewiesenen Industrie, sich genöthigt, der Begünstigung des einheimischen Großgrundbesitzes gewisse Schranken zu ziehen. Und damals, als der russische Handelsvertrag im Reichstage zur Annahme kommen sollte, demonstrierten die Herren vom Bunde der Landwirthe in einer Massenversammlung in Berlin. Noth und Elend waren es nicht, die aus den rothen Wangen und kraftstrotzenden Gestalten der Bündler leuchteten, glaublich aber erschien ihr Klagelied über den schweren Kampf um's Dasein, den nun auch der Grundbesitzer zu führen habe. Und mit der ganzen Empörung, deren eine noch kräftige, aber in ihren bisherigen Daseinsbedingungen bedrohte Existenz fähig ist, erhoben sie Protest gegen die damalige Reichsregierung mit dem Manne ohne Ar und Halm an der Spitze. Damals war es Herr von Plötz, der diesjährige Führer der Deputation beim Kaiser, der am 17. Februar v. J. auf der Generalversammlung des Bundes mit Bezug auf den russischen Vertrag, für den der Kaiser bekanntlich sehr energisch eingetreten ist, sagte: „Noch ist Deutschland nicht so tief gesunken, daß es sich durch Kriegsdrohungen einen jammervollen Vertrag aufzwingen zu lassen braucht." Und der Renomierbauer Lutz fügte hinzu: „Die Bauern kennen keine Kosakenfurcht; sie lieben den Frieden, wollen aber ein mächtiges Reich, das nicht tributpflichtig ist." Er redete also den Bauern vor, das deutsche Reich sei mit dem Vertrage Rußland tributpflichtig geworden! Die einzelnen Vertragsbestimmungen wurden auf Grund seines „Referats" mit lauten Pfuirufen begleitet; er schlug ironisch vor, im Eisenbahnamt zu Königsberg gleich einen Russen als Präsident anzustellen. Unter großem Beifall erklärte Lutz, das Interesse der Landwirthe für die Industrie höre, wenn diese Lebensmittel aus anderen Staaten beziehe, bis zu einem gewissen Grade auf. von Ploetz brachte am Schluß der Rede ein Hoch aus auf den Mann, der „diesen jammervollen Vertrag" zerpflückt habe. — Und wieder tagte der Bund der Landwirthe. Nicht mehr eine Oppositionspartei, die mit „Sozialdemokratwerden" drohte und das Schreien zum höchsten Kampfmittel erhob: königstreu bis in die Knochen, die Stützen von Thron und Altar, Vorkämpfer gegen den landverheerenden Drachen des Umsturzes, stehen sie heute der Regierung gegenüber. Ist doch Herr von Köller, der mit der köstlichen Naivität des Unbewußten hohe Politik treibt, der Vertrauensmann des Bundes, auch Vertrauensmann der Krone geworden. Wagt doch die preußische wie die Reichsregierung nicht mehr, dem Monopolantrage Kanitz, der die Lebensmittel der Massen zu Gunsten der Grundbesitzer auf das Doppelte des Weltmarktpreises emporschrauben will, noch den Bestrebungen der Bimetallisten, zu Gunsten der verschuldeten ländlichen Unternehmer durch Geldverschlechterung die Löhne zu drücken und den Geschäftsverkehr zu gefährden, ein rundes, kräftiges Nein entgegen zu setzen. Begünstigung von Minderheiten auf Kosten der Gesammtheit, Aufrechterhaltung wirthschaftlich überwundener Klassen durch Zuschüsse aus dem Staatssäckel: Prämien, Liebesgaben, Zölle und Monopole, das wird künftig staatserhaltende Politik heißen. Hungerpolitik für die Armen, eine große Herrenpolitik für die „Edelsten der Nation". So lange es eben noch geht.

Das Umsturzgesetz und die Poeten. Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß das „Umsturzgesetz" dem Staatsanwalt und der richterlichen Erkenntniß einen so weiten Spielraum läßt, daß wenige Dichter unangefochten bleiben können. Leider regt sich die deutsche Schriftstellerwelt nicht in dem Maße, wie es namentlich der Zusatz zum § 130 erfordert. Die „Frkf. Ztg." hat sich den Scherz gemacht, durch Stellen aus unsern Klassikern zu beweisen, daß Goethe, Schiller, Lessing, Heine u. a. m. allesammt strafwürdig erscheinen, wenn die Ideen der Umsturzvorlage durchdringen. Was für Goethe und Schiller nur Scherz war, ist aber für Ferdinand Freiligrath fast Ernst geworden. Seinen im Dezember 1843 gedichteten Liedern „Trotz alledem" (Nach Robert Burns) und „Die Freiheit das Recht!" versagte das Ober-Zensurgericht im Jahre 1844 den Druck. Beide Gedichte waren zur Aufnahme in die „Kölnische Zeitung." (!) bestimmt und die Behörde verbot die Veröffentlichung. Als sich Freiligrath am 3. Januar 1844 beschwerte, erhielt er einen ablehnenden Bescheid mit der folgenden Begründung:

„Die Gedanken, von welchen beide Gedichte ausgehen, sind bei klarer und reiner Auffassung und Anwendung vollkommen wahr und mögen auch in poetischer Form ausgesprochen und veröffentlicht werden. Es ist aber denselben in vorliegenden Gedichten eine solche Wendung und Beziehung gegeben, daß damit den gegen die bestehende soziale und politische Ordnung der Dinge ankämpfenden Tendenzen — in dem ersten der falschen Freiheitsideen, in dem anderen der feindlichen Entgegensetzung der verschiedenen Stände — in aufregender Weise das Wort geredet wird, weshalb die Zensurwidrigkeit dieser Gedichte nach Artikel IV der Zensur-Instruktion sich klar herausstellt.

Berlin, 13. Februar 1844.

Das königl. Ober-Zensurgericht. Bornemann."

Das Gedicht „Trotz alledem" verherrlicht das wahre Mannes- und Menschenthum. „Und sitzt ihr auch beim kargen Mahl in Zwilch und Lein und alledem, Gönnt Schurken Sammt und Goldpokal — ein Mann ist Mann trotz alledem!" Und das zweite Gedicht preist Freiheit und Recht, die beide „des Leibeigenen Bande" sprengen, und schließt mit den Worten:

„Unterdeß hebt die Gläser! Ihr Wohl, die da stritten!
Die da stritten und muthig ins Elend drum schritten!
Die das Recht uns verfochten, und Unrecht drum litten!
Hoch ewig das Recht — und die Freiheit durchs Recht!
Die Freiheit durchs Recht!"

Diese so überaus allgemeinen Verse galten der Zensur-Behörde im Jahre 1844 für anstößig. Die „aufregende Weise", wie es in dem Erkenntniß heißt, lebt nun in der Phrase „die den öffentlichen Frieden gefährdende Weise" wieder auf, die sich im Zusatz zu § 130 findet. Im Jahre 1844 wurde der Poesie, die die Oeffentlichkeit „aufregen" oder „gefährden" konnte, nur die Druckerlaubniß versagt, im Jahre 1895 soll sie Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder Gefängniß bis zu 2 Jahren einbringen!

Eine Klärung hat die Debatte über den Antrag der 210 Reichstagsabgeordneten auf Einberufung einer Konferenz behufs internationaler Regelung der Währungsfrage wenigstens gebracht und das ist immerhin ein Gewinn. Man sieht jetzt, so schreibt die „Frkf. Ztg.", die Gefahren, denen unser Wirthschaftsleben zutreibt; sie lassen sich nicht mehr wegleugnen, und Jene, die sich bislang noch damit trösteten, daß der „gesunde Menschenverstand" vor der ernsthaften Verwirklichung der agrarischen Ideen schützen werde, sie müssen sich jetzt ebenfalls zu der Ansicht bekehren, daß vor dem Ansturm einer fanatischen Agitation dieser Schutz ein

höchst problematischer ist. Wir gehen einer weiteren unruhigen Entwicklung auf wirthschaftlichem Gebiete entgegen und stehen damit nicht vor der Wahrscheinlichkeit, aber doch vor der ernsten Möglichkeit, daß ein Versuch mit den agrarischen Vorschlägen auf künstliche Hebung der Getreidepreise gemacht wird, zu denen im Sinne der Bimetallisten auch die Währungsänderung gehören soll. Das geschieht offenbar nicht, weil man an leitenden Stellen von der Ersprießlichkeit dieser Vorschläge sich völlig überzeugt hat, sondern weil man zu schwach, zu unentschieden ist, um ihnen Widerstand zu leisten. Man möchte Zeit gewinnen, möchte es mit der Rechten nicht verderben und hofft auf rettende Zufälle, die dazwischen treten könnten. Aber diese Hoffnung kann eine trügerische sein: noch ein zweites, für die Landwirthe ungünstiges Jahr, und Regierung, wie Parlamentsmehrheit stürzen sich Kopf über in eine Politik abenteuerlichster Experimente. Es ist wirklich höchste Zeit, dieser Gefahr entgegenzutreten und dafür Sorge zu tragen, daß unser Wirtschaftsleben vor einer solchen Entwickelung mit ihren unabsehbaren Konsequenzen bewahrt bleibe. — Stimmt!

Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel betrugen im Januar dieses Jahres im Vergleich zu den Dezemberpreisen für 1000 Kilogramm: Weizen 127 (126) Mk., Roggen 110 (111) Mk., Gerste 117 (118) Mk., Hafer 113 (114) Mk., Kocherbsen 203 (203) Mk., Speisebohnen 257 (262) Mk., Linsen 398 (397) Mk., Eßkartoffeln 50,6 (49,1) Mk., Richtstroh 36,9 (37) Mk., Heu 50,7 (50,1) Mk., Rindfleisch im Großhandel 1104 (1111) Mk.; für ein Kilogr. Rindskeule 1,38 (1,39) Mk., Rindfleisch vom Bauch 1,19 (1,19) Mk., Schweinefleisch 1,33 (1,30) Mk., Kalbfleisch 1,30 (1,30) Mk., Hammelfleisch 1,24 (1,25) Mk., ger. inl. Speck 1,64 (1,66) Mk., Eßbutter 2,13 (2,22) Mk., inl. Schweineschmalz 1,61 (1,65) Mk., Speisemehl aus Weizen 0,25 (0,25) Mk., aus Roggen 0,21 (0,22) Mk., für ein Schock Eier 4,29 (4,37) Mk.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Reichsgerichtsrath Otto Bähr ist am Montag in Kassel gestorben. — Wie die „Nationalzeitung" mittheilt, war Reichsgerichtsrath Bähr der Verfasser des Artikels der „Nationalztg." über das Verhalten des Landgerichtsdirektors Brausewetter im sogenannten Gummischlauchprozeß, wegen dessen nachher der verantwortliche Redakteur der „Nationalztg." und des „Vorwärts" vor Gericht stand.

Richter's Wahl in Hagen ist von der Wahlprüfungskommission für gültig erklärt worden. Im übrigen steht dieses freisinnige Mandat in der Rubrik „künftig fortfallend", es geht an die Sozialdemokratie über. Auch das andere freisinnige Mandat, dasjenige Lenzmanns in Lüdenscheid-Iserlohn, wird das nächste Mal wohl nicht mehr behauptet werden können.

Stumm hat in seiner jüngsten Erklärung darauf angespielt, daß er den Professor Dr. Wagner zum Duell herausgefordert habe, und damit wird denn zugleich die Frage wieder aufgeworfen, weshalb von der Staatsanwaltschaft noch keine Anklage gegen den Abg. Freiherrn von Stumm wegen Herausforderung zum Zweikampf erhoben sei. Das christlich-soziale Stöckersche „Volk" bemerkt dazu:

„Allem Anschein nach hat der preußische Justizminister den Berliner Staatsanwalt angewiesen, ob mit oder ohne Anfrage desselben gleichgültig, gegen den Freiherrn von Stumm die Anklage nicht zu erheben. Mit Recht bezeichnet es der frühere Landgerichtsrath G. Pfizer in Ulm, der nach dem Ausgang seines Disziplinarprozesses wegen angeblicher Nichtachtung seiner Collegen in Ulm als Rechtsanwalt sich niedergelassen hat, in einem Aufsatz der „D. Warte" als anstößig, wenn die Verfolgung eines am hellen Tage verübten Vergehens unterbleibt, bloß weil es dem Staatsanwalt oder Minister beliebt. In der That sollte hier Wandel geschaffen werden, damit die Achtung vor dem Gesetz nicht Noth leidet. Entweder sollte nach den Vorschlägen Pfizers der Staatsanwalt für einen Justizbeamten erklärt werden, für den nur das Gesetz und nicht die Weisungen eines Vorgesetzten maßgebend sind, oder aber es muß das Anklage-Monopol der Staatsanwaltschaft fallen, das heißt, es ist das Recht der öffentlichen Klage nicht nur dem Staatsanwalt, sondern jedem öffentlichen Rechtsanwalt einzuräumen unter Haftung für die Kosten des Verfahrens, wenn nichts dabei herauskommt."

Es ist traurig genug, daß es einem Minister oder Staatanwalt heutzutage noch erlaubt ist, anzuklagen wen er will.

Bismarck ist zum Ehrenmitglied in der Berliner Königlichen Akademie der Künste gewählt worden. Von Verdiensten Bismarcks um die Kunst ist uns bis jetzt nichts bekannt geworden als die Kunst im „Depeschen-Fälschen". — Und darum Ehrenmitglied?

Dänemark.

Magazin. — Umsturzgesetz? In diesen Tagen ist in Kopenhagen ein Unternehmen zur That geworden, um das schon zwischen dem Mittelstand und der Rechten harte politische Kämpfe geführt worden sind. Ein großes Magazin, das mit Kolonialwaaren, Grünzeug, Delikatessen, Fleisch 2c. handelt, ist unter dem Namen „Frejr" eröffnet und wird nun durch seine niedrigen Preise ganze Schichten des Kopenhagener Mittelstandes ruiniren. An der Spitze dieses Umsturzbeginnens stehen konservative Politiker und hochangesehene „Stützen der Gesellschaft". Der Mittelstand sieht jetzt zu spät ein, wem er Heeresfolge geleistet hat und welcher Dank ihm dafür bescheert wird. Die zunächst betroffenen Händler sind Kandidaten des Proletariats und die Sozialdemokratie wird ihnen jetzt an einem handgreiflichen Beispiel ihre wahren Interessen demonstrieren können. — Fast hat es den Anschein, als ob der Ruhm, den die deutsche Regierung sich im Kampf gegen den Umsturz geholt hat, die dänische nicht will schlafen lassen. Es ist allen Ernstes so etwas wie eine „Umsturzvorlage" in Sicht! Die Berlingsken Tidende — das Regierungsorgan — bringt einen hochoffiziellen Artikel, in dem sie meint, es sei Pflicht, „den revolutionären Tendenzen entgegenzuarbeiten und ihre Ausbreitung zu hindern"' Man kann es der dänischen Sozialdemokratie nicht verdenken, daß sie lächelnd auf Deutschland verweist und im Gefühl ihrer organisirten Kraft, der Regierung ironisch aufmunternd zuruft, nur frisch die Klinge in der Sonne spielen zu lassen. Diese Klingen tödten uns nicht.

Lübeck und Umgegend.

20. Februar.

Druckfehler. In dem gestrigen Leitartikel „Das Lübecker Steuernbouquet" muß es in der 2. Spalte am Ende des ersten Absatzes heißen: „und weiter steigend ein Einkommen von über 10000 Mk. mit 80 pCt. zu der jetzigen Steuer zu belasten für gut befindet." Es fehlte: „zu der jetzigen Steuer".

Der Nachtrag zum Gesetze vom 15. Juli 1889, betreffend den Anbau an Straßen und Plätzen in den Vorstädten der Stadt Lübeck wird im Amtsblatte veröffentlicht.

Monopolwirthschaft wird auf der Ausstellung im weitesten Umfange herrschen. Schon wieder hat der Ausstellungs-Ausschuß ein neues Monopol vergeben. Die Conservenfabrik von D. H. Carstens darf nur allein auf dem Ausstellungsplatze Gemüse und Conserven auf warmem Wege bereiten. Außerdem ist derselben das Verkaufsmonopol für die in der Ausstellung fabrizirten kleinen Würste, als Frankfurter, Saucischen usw., gegen eine Licenzabgabe von von 5 Pfg. das Paar übertragen worden. Wie dadurch das Gewerbe in seiner Gesammtheit gehoben werden soll, ist uns unerfindlich! Was sollen die Schlachter und Wurstmacher anfangen, von denen vielleicht Mancher sein Scherflein gezeichnet hat? Nur weiter! Dem kleinen Gewerbetreibenden werden die Augen schon noch aufgehen! — Die Abhaltung einer Geflügelausstellung hat der Ausschuß der Ausstellung abgelehnt; dagegen soll eine Obst- und Gemüsemesse abgehalten werden. Man erwartet eine gute Beschickung gerade der letzteren, weil die mecklenburgische Regierung derselben das regste Interesse entgegenbringt.

m. **Bei den Liliputanern im Kolosseum.** Die gestrige Vorstellung war nur mäßig besucht, was in Anbetracht der guten Leistungen zu bedauern ist. Die Gesellschaft zählt zwölf Mitglieder, 7 Herren und 5 Damen, im Alter von 16 bis 37 Jahren. Aus aller Welt Gegenden sind sie zusammengesucht, um ein Ensemble zu bilden. Die Leitung der Ausbildung dieser kleinen Menschenkinder ist einem Herrn Straßner übertragen. Die Schüler machen ihrem Lehrer alle Ehre. Besonders hervorzuheben ist das Spielen auf Hylophon-, Glocken-, Tubaphon-, Flaschen- und Schlittenschellen-Instrumenten. Auch die Gesänge wurden, abgesehen von der dünnen Stimme, gut vorgetragen. Als Akrobaten, Athleten und Ringkämpfer leisteten die kleinen Leutchen ebenfalls ganz Niedliches. Die darauf vorgeführte dressirte Hundemeute rief allseitiges Erstaunen hervor, weil man sie in derartiger Vollendung hier noch nicht gesehen hatte. Zum Schlusse wurde ein Schwank gegeben, in dem wiederum die Zwergkünstler Proben ihres Konnens ablegten. Ein Besuch bei den Liliputanern rentirt sich.

Sitzung der Bürgerschaft. Der Wortführer Dr. Brehmer eröffnete die Sitzung um 10½ Uhr. Der ständige Senatskommissar bringt der Bürgerschaft die Mittheilungen des Senats entgegen.. Zu dem 1. Senatsantrage, betr. den Ankauf der in der Wallstraße Nr. 1—3 gelegenen Grundstücke erhält zunächst B.-M. Dr. Wichmann das Wort. Derselbe begrüßt den Antrag des Senats mit Freuden und bedauert nur, daß der Senat nicht gleich das ganze Areal bis zur Dankwartsbrücke ankaufen will. Er will bei dieser Gelegenheit gleich darauf aufmerksam machen, daß man bei den in nächster Zeit in Angriff zu nehmenden Bahnhofsumbau den Wünschen der Bevölkerung Rechnung tragen möge. Schon im Herbst vorigen Jahres hätten darüber der Bürgerschaft Mittheilungen gemacht sollen. Der Herbst scheine sich aber sehr lang auszudehnen. Redner wendet sich noch gegen das sogenannte Bergstraßenprojekt. B.-M. Possehl ist ebenfalls der Meinung, daß der Preis, für den die Grundstücke erworben werden sollen, 45 Mk. der Quadratmeter, ein günstiger sei, er plaidirt deshalb für den Ankauf bis zur Dankwartsbrücke. Es sei ein Gerücht verbreitet, daß auf diesen Grundstücken eine Aktiengesellschaft ein Hotel zu erbauen beabsichtige. Für ein Hotel ersten Ranges sei ein Bedürfniß vorhanden; er spricht daher den Wunsch aus, daß man von Seiten des Senates derartigen Wünschen so weit wie möglich entgegenkommen möge. B.-M. Hahn ist mit dem Wunsche Dr. Wichmann's einverstanden. Es scheine aber ohne einen Angriff auf die Wälle doch nicht zu gehen. Den Ausdruck Bergstraße hält er für übertrieben. Der Senats-Antrag wird darauf angenommen. Der 2. Bewilligung einer persönlichen Gehaltszulage von 1500 Mark an den Baudirektor Schwiening, rief eine längere Debatte hervor. B.-M. Dr. Sommer führt aus, daß sich der Bürgerausschuß in zwei Sitzungen sehr eingehend mit diesem Antrage beschäftigt habe. Der Bürgerausschuß habe sich aber mit dem Antrage des Senats nicht einverstanden erklären können. Vor zwei Jahren habe man erst die Gehälter der Beamten geregelt. Bei der damaligen Festsetzung des Beamtengehalts-Etats sei betont worden, daß in Zukunft von den persönlichen Gehaltszulagen abgesehen werden solle. Der Bürgerausschuß wolle durchaus nicht dem Baudirektor irgend welches Verdienst absprechen. Man sei aber in demselben der Meinung, daß man auch ohne persönliche Gehaltszulage dem Baudirektor eine Anerkennung zu theil werden lassen könne. Er beantragte daher die Verweisung des Antrages an eine Kommission. Der ständige Senatskommissar hält die Kommission für überflüssig. Es seien nur zwei Wege möglich, um dem Baudirektor Schwiening für seine Verdienste und treue Pflichterfüllung angemessen zu entschädigen. Entweder man müsse den Antrag annehmen und die persönliche Gehaltszulage bewilligen, oder aber, man müsse das Gehalt des Baudirektors beständig erhöhen. Im letzten Falle würden aber andere Gehälter folgen müssen. Die persönliche Gehaltszulage sei nicht ganz auszuschließen. Man werde sie noch in Ausnahmefällen anwenden müssen. Er bitte daher, den Antrag Sommer abzulehnen und den Senatsantrag anzunehmen. — Senatskommissar Senator Wolpmann giebt einen kurzen Ueberblick über den Bauten-Etat und weist auf die schwierigen Umstände, unter denen der Baudirektor nach Lübeck gekommen sei, hin. Er bittet ebenfalls, den Antrag des Senats anzunehmen. — B.-M. Schorer ist sich nicht klar, was die Kommission mit dem Senats-Antrage machen soll. Der Baudirektor habe auch außerhalb seines Faches eine wirksame Thätigkeit entfaltet und dadurch zum Gedeihen Lübeck's beigetragen. Die persönliche Gehaltszulage müsse ihm für die Thätigkeit außerhalb seines Faches gewährt werden; er bittet, den Antrag des Senats anzunehmen. — B.-M. Th. Sartori empfiehlt ebenfalls die Annahme des Senatsantrages. Der Baudirektor habe, obgleich er kein Lübecker sei, es doch verstanden, sich in die Lübeckischen Verhältnisse hineinzuleben. Alle öffentlichen Bauten seien von ihm vorzüglich geleitet, und habe er es verstanden, bei Ausführung derselben, den eigenthümlichen Charakter der Lübeckischen Bauart zu bewahren. Man solle froh sein, daß man einen solchen Beamten habe. — Dr. Sommer sieht in der Ueberweisung an die Kommission durchaus nichts Bedenkliches. Die Sache werde dadurch keinen Aufschub erleiden. Es sei doch immerhin möglich, daß die Kommission einen Ausweg finde. Es sei z. B. möglich, daß man dem Baudirektor durch eine Art Ehrengeschenk entschädige. — B.-M. Hempel bittet, in dieser Angelegenheit nicht weiter zu diskutiren, sondern den Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission anzunehmen. Durch eine längere Debatte würden sich die Gegensätze nur noch mehr zuspitzen. — B.-M. Dr. Fehling: Es erscheine ihm, als ob die meisten Redner darauf vorbereitet gewesen seien, daß der Antrag eine unfreundliche Aufnahme finden werde. Er wolle nur konstatiren, daß den Bürgerausschuß der Wunsch geleitet habe, einen Weg zu finden, den Antrag des Senates annehmbar zu machen. Er bitte, den Antrag Sommer anzunehmen. — B.-M. Schwartzkopf: Es scheine ihm, als ob die Freunde der Vorlage in Verlegenheit seien. Nach seiner Ansicht, könne man den Baudirektor durch die Annahme des Senatsantrages am besten die verdiente Anerkennung aussprechen. — B.-M. Thiel plaidirt ebenfalls für die Annahme des Antrages. — B.-M. Possel ist der Ansicht, daß ein Kleinstaat überhaupt nicht ohne persönliche Gehaltszulage fertig werden könne. Hier liege, nach seiner Ansicht, ein außerordentlicher Fall vor. Er bitte daher, den Antrag des Senats anzunehmen. — B.-M. Hempel hält die Begründungen, die für den Senatsantrag vorgebracht sind, für sehr mäßig. Man rühme einen Mann, der weiter nichts gethan habe, als daß er seine Pflicht erfüllt, den Posten, an den man ihn gestellt, zur Zufriedenheit versehen habe. Er bekomme dafür 7500 Mk. Gehalt jährlich. Bewillige man die Zulage, so müsse man die sämmtlichen anderen Beamten, die ihre Pflicht ebenso erfüllen, auch ebenso behandeln. Der Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission wird darauf angenommen und beschlossen in dieselbe 5 Mitglieder zu wählen. Beim dritten Antrage des Senats betreffend die Feststellung der Grenzen der Vororte nach § 19 des Gesetzes vom 27. Dezember 1893, betr. den Anbau an Wegen in den Vororten der Stadt Lübeck. Begrüßt Thiel mit Freuden den endlichen Abschluß der Vorlage, nur bedauert er, daß den Senat berechtigten Wünschen der Bevölkerung nicht Rechnung getragen habe. Die in der Vorlage ausgesprochene Bedingung, daß das Anlegen einer Straße die vollständig baufähig zu machen habe, wirke hindernd für das Bebauen. Thiel stellt daher folgenden Antrag: dem Passus a des Vorschlages erst die Genehmigung zu ertheilen, nachdem die Schwartauer Chaussee vom Lohmühlenweg bis zur Feldmark Vorwerk aus öffentlichen Mitteln in anbaufähigen Zustand gesetzt worden sei und daß die diesbezüglichen Arbeiten baldmöglichst zum Abschlusse gebracht werden. Senator Dr. Klug: Der Antrag Thiel wolle dasselbe bezwecken, was bereits eine Eingabe der Anlieger der Schwartauer Allee bezwecken sollte. Man sei noch immer der Meinung, daß gewisse Bauordnungen ein Eingriff in das Privateigenthum bilden. Alle Bauordnungen sind eine gewisse Einschränkung in das Schaltungsrecht des Eigenthümers, die aber im Interesse der Gesammtheit nothwendig sind. Man müsse bei der Anlage von Straßen u. s. w. auf die Zukunft bedacht sein. Es werde sich

mit der Zeit der Verkehr heben. Es würden Straßenbahnen u. s. w. angelegt werden. Man könne vom Staate nicht verlangen, daß dieser für den Nutzen, welchen die einzelnen Anlieger, wie die Spekulanten hätten, auch noch die Kosten trage. B.-M. Thiel ist der Meinung, daß das Gesetz durchaus nicht neu sei. Es bestehe seit 1893. Man wolle demselben jetzt nur Raum schaffen. Es sei Wunsch vorhanden, Familienhäuser zu bauen. Das könne aber bei derartigen Bestimmungen nicht geschehen. Auch der gemeinnützige Bauverein habe infolge der Bestimmungen seine Aufgabe nicht erfüllen können. Senatskommissar Dr. Brehmer hält den Vergleich mit dem Bauverein nicht für angebracht. Es sind doch die Steuern nicht erhöht worden, um den in Frage kommenden Grundeigenthümern und Spekulanten die Taschen zu füllen. B.-M. Thiel zieht darauf seinen Antrag zurück. Die Vorlage des Senates wird angenommen. Antrag 4: Gesetz über die Anlage von Straßen in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten wird ebenfalls nach der Vorlage des Senats angenommen. Es war hier vom Bürgerausschuß zu § 2, Absatz 2 ein Zusatz beantragt. Derselbe wird jedoch abgelehnt. B.-M. Dr. Wichmann wünscht, daß die Bestimmungen des § 7 auch auf Behörden Anwendung finde. Er erinnert an die chinesische Mauer bei der Evers'schen Werft. Er will bei dieser Gelegenheit gleich den Wunsch auf Beseitigung derselben wieder vorbringen. Der Senats-Kommissar erwidert, daß bei der Niederlegung wieder dieselben Klagen laut werden würden, die zur Erbauung der Mauer geführt hätten. B.-M. Schorer führt aus, daß die Mauer nicht im Stande sei, den Schall aufzuhalten. Senats-Kommission: Die Mauer sei auf ein Gutachten von Sachverständigen erbaut worden. B.-M. Dr. Wichmann ist der Ansicht, daß die Mauer wegen des Lärmes, welcher seiner Zeit auf der Schiffswerft herrschte, erbaut sei. Jetzt sei dort ein Holzlager, das Holz verursache aber keinen Lärm. Die Anträge 5: Nachtrag zum Gesetz vom 15. Juli 1889, betr. den Anbau an Straßen und Plätzen in den Vorstädten der Stadt Lübeck und 6: Ermächtigung der Vorsteherschaft des Heiligen Geist-Hospitals zu weiterer Aufforstung von Hofländereien zu Falkenhusen werden ohne Debatte angenommen. (Schluß folgt.)

Strafkammer. Sitzung vom 16. Februar 1895. Wegen Uebertretung der Konkursordnung hatte sich der Kaufmann J. von hier zu verantworten. J. hatte, ohne Kaufmann gelernt zu haben, mit noch Jemand ein kaufmännisches Geschäft gegründet. Ueber ihr Geschäft wurde bald der Konkurs eröffnet. Der Schmiedemeister R. von hier hatte nun für J. eine Bürgschaft von 2000 Mark übernommen und mußte eine aus derselben entstehende Restforderung im Betrage von 225 Mk. decken. Um R. zu entschädigen, hatte J., nachdem bereits über sein Geschäft und sein Privatvermögen der Konkurs eröffnet war, dem R. einen in seinem Besitz befindlichen Wagen cedirt. Der Wagen wurde jedoch vom Konkursverwalter für die Konkursmasse reklamirt. Der Angeklagte wurde in eine Gefängnißstrafe von 4 Wch. verurtheilt. — Am 13. Dezember v. Js. soll der Arbeiter W. in der Breitenstraße in angetrunkenem Zustande Passanten belästigt haben. W. erhielt vom Polizeiamt ein auf 3 Mk. event. 2 Tage Haft lautendes Strafmandat, beantragte jedoch gegen dasselbe richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht verurtheilte ihn zu 10 Mark Geldstrafe event. 3 Tage Haft. Schon in der Schöffengerichtsverhandlung behauptete W. unschuldig zu sein und beantragte die Ladung von drei Entlastungszeugen. Dem Antrage wurde jedoch nicht stattgegeben und W. zu 10 Mark event. 3 Tagen Haft verurtheilt. Gegen das Urtheil des Schöffengerichts hat sowohl die Staatsanwaltschaft, wie auch der Angeklagte Berufung eingelegt. W. hielt die in der Schöffengerichtsverhandlung aufgestellten Behauptung, daß er von der Wahmstraße kommend, nur die Breitenstraße überschritten habe, aufrecht. Er sei weder betrunken gewesen, noch habe er Damen belästigt. Der als Zeuge vernommene Schutzmann R. behauptete dem gegenüber, daß er, auf dem Kohlmarkt auf Posten stehend, von den dort stehenden Dienstleuten auf das Gebahren des Angeklagten aufmerksam gemacht sei. Er habe dann gesehen, wie der Angeklagte versucht habe, eine Dame zu umfassen, dieselbe sei ihm jedoch, den Bürgersteig verlassend, ausgewichen. Eine zweite, in der Nähe eines Schaufensters stehende Dame habe W. dann um den Leib gefaßt. Als den Ort, wo dieses geschehen ist, bezeichnete der Zeuge nach mehrmaligem Fragen von Seiten des Gerichts den Laden des Tuchhändlers Evers. Der Entlastungszeuge W. hatte nur gesehen, wie der Angeklagte vom Schutzmann zur Wache sistirt war. Nach seiner Ueberzeugung war W. nicht betrunken. Die beiden Zeugen Z. und Sp. sind mit dem Angeklagten die Wahmstraße herauf gekommen und nach dem Markte zu gegangen. Beide wollten neben resp. etwas vor dem Angeklagten gegangen sein, und nicht gesehen haben, daß der Angeklagte irgendwie Damen belästigt habe. Der Angeklagte berief sich auf seine Entlastungszeugen und gab dem Glauben Ausdruck, daß sich der Schutzmann in der Person geirrt haben könne. Der Schutzmann jedoch wollte von dem betreffenden Augenblick an, wo er von den Dienstleuten auf W. aufmerksam gemacht wäre, denselben im Auge behalten haben. Der Staatsanwalt hielt die Aussagen des Schutzmannes für durchaus glaubwürdig. Der Entlastungszeuge W. könne garnicht in Betracht kommen und die andern beiden haben ausgesagt, daß sie nichts gesehen hätten. Er beantragte die Berufung zu verwerfen und stellte die Strafzumessung in Ermessen des Gerichtes. Das Gericht hielt die Aussagen des Schutzmannes für glaubhaft. Einen Irrthum in Bezug auf die Person des Angeklagten hielt es für ausgeschlossen. Die vom Schöffengericht festgesetzte Strafe hielt das Gericht jedoch für zu hoch. Das Urtheil des Schöffengerichtes wurde aufgehoben, und der Angeklagte in eine Geldstrafe von 3 Mark ev. einen Tag Haft verurtheilt.

Ein Schadenfeuer, welches sehr leicht hätte größeren Umfang annehmen können, entstand gestern Nachmittag in der Wohnung des Restaurateurs Brede, Untertrave und Mengstraßen-Ecke. Das Feuer, im Schlafzimmer ausgebrochen, hatte bereits Betten und Mobilien ergriffen, ja sogar die Holzschalung der Thüren war schon angebrannt, als Passanten die Einwohner des Hauses auf das Feuer aufmerksam machten. Die schnell herbeigeholte Feuerwehr löschte alsbald das Feuer. Ueber die Entstehungsursache des Feuers ist man noch im Unklaren. Einem Feuerwehrmann wurde durch eine herabstürzende Fensterscheibe der Kopf leicht verletzt.

Zwei Packete mit Kolonialwaaren wurden einem Hausknechte gestohlen, während er in einem Hause der Kl. Burgstraße Waaren absetzte.

e. **Stockelsdorf.** Schön ist es, wenn Arbeiter Feste feiern, aber noch schöner ist es (d. h. wie man es nimmt), wenn man dabei polizeilich geschützt und beschützt wird! So geschehen am letzten Sonntag in Fackenburg bei L. Paetau, woselbst die Fackenburger Liedertafel ihr erstes diesjähriges Vergnügen abhielt. Dieser Familien-Abend bestand in Gesangvorträgen und Theateraufführungen, ausgeführt von unseren Sängern und Dilettanten. Anwesend waren ca. 300 Personen, die sich köstlich amusirten, denn Alles war gut einstudirt und gelangte kräftig zum Ausdruck. Umgefallen ist nichts dabei; der Staat ist nicht in's Wackeln gerathen — für diesmal ist er noch glücklich gerettet! Der anwesende Gendarm notirte alles Mögliche: die aufgeführten Stücke, sowie auch die Namen der Spieler (die Letzteren deswegen, ob sie Mitglieder seien). — Ja, es ist Alles herrlich eingerichtet und wird noch besser werden, wenn die Umsturzvorlage nur erst fertig ist!

Kiel. Desertirt ist der Seesoldat Erich Krause von der 4. Kompagnie Kaiserlichen 1. Seebataillons. Er hat sich am 17. d. Mts. aus seiner Garnison Kiel entfernt und ist bis jetzt nicht zurückgekehrt.

Hamburg. Der Kaufmann Hadler erschoß sich wegen Spielverluste an der Börse, namentlich in Baumwolle, die auf 1½ Millionen Mark geschätzt werden. Der Verlust schädigt, wie es heißt, nur die Familie. — Diese letzte Bemerkung möchten wir mit einem dicken Fragezeichen versehen. Bis jetzt haben die Spekulanten immer auch andere Leute geschröpft!

Hamburg. Karl Abs, der als Athlet und Preisringkämpfer weltbekannte Hamburger, ist seinem Leiden, welches er sich durch das Heben der schweren Gewichte zugezogen hatte, erlegen.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 19. Februar.

Der Schweinehandel verlief träge.

Zugeführt wurden 2070 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Versandschweine schwere 46—48 Mk., leichte 44—47 Mk., Sauen 38—43 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief mittel.

Zugeführt wurden 1096 Stück. Unverkauft blieben — Stück. Preise: beste 78—85 Mk., geringere 60—70 Mk. per 100 Pfund.

Witterungs-Bericht.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,35 m. W., sehr schwach.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote" inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Als Töpfer
empfiehlt sich den geehrten Bewohnern Lübecks und Umgegend mit der Zusicherung prompter u. reeller Bedienung.
Hermann Nickels,
Lübeck, Friedenstraße 18, 2. Etage.

ff. grüne und gelbe Kocherbsen weiße Bohnen und Linsen türk. Pflaumen und Backbirnen
C. Th. Fischer
Dornestraße 38c.

Quäker Oats.
Volksnahrungsmittel
Unübertroffene Kindernahrung
Vorzügliche Krankenspeise.
1 Packet 40 Pf.
Zu haben:
In den meisten Detail-Geschäften.

Kartoffeln in Auswahl,
Magnum bonum u. französische, billigst.
H. H. Jaacks, Untertrave 114.

Holzpantoffel
in allen Größen, billigst
C. Th. Fischer
Dornestraße 38c.

Lütjenburger Kornbranntwein
Krummesser Doppel-Kümmel
Lübecker do.
und sämmtliche Spirituosen
empfiehlt
C. Th. Fischer
Dornestraße 38c.

Probehefte und Prospekte durch alle Buchhandlungen.

= Soeben erscheint =
in 272 Lieferungen zu je 50 Pf. und in 17 Halbfranzbänden zu je 10 Mk.:

MEYERS
Fünfte,
neubearbeitete u. vermehrte Auflage.
KONVERSATIONS
17,500 Seiten Text, 10,000 Abbildungen, Karten und Pläne
LEXIKON
152 Chromotafeln und über 950 Bildertafeln u. Kartenbeilagen.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.

Unter alte emaill. Töpfe, Theekessel, Eimer 2c. werden neue emaillirte Böden gesetzt.
Alfstraße Nr. 27.

Abs ohne kostenfreien Vorschuß erhalten Sie auf Mobilien und Waaren jeder Art, wenn mir zur Auction übergeben
Johs. Fick, Auctionator,
Engelsgrube 43/17.

Kalbfleisch,
Pfund 30 und 35 Pfg.
Carstens, Schlachter
Meierstraße 13.

Beinwunden, Flechten,
Krampfader-Geschwüre, Salzfluß, Drüsen u. Hautkrankheiten jeder Art **beseitigt** ohne Berufsstörung **Frau J. Dentzau, Lübeck, Depenau 47, I.,** Ecke Obertrave. Keine Vorauszahlung d. Honorars. Zu sprechen **Freitags u. Sonnab. v. 1—4; für Arme Freitags von 4—8 freie Behandlung.**

Zum Fuhrwerkskrug
Beckergrube 93.
Empfehle allen Genossen
meine Wirthschaft
auf das Angelegentlichste.
Gute Speisen u. Getränke.
ff. Adler-Bier ½ Ltr.-Krüge 15 Pf.
Musik-Unterhaltung.
J. Wulff.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling.
Heinr. Seemann, Malermstr., Fischergr. 57.

Gesucht z. 1. April ein junger Knecht
zu allen Arbeiten. Näheres in der Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. März ein **Mädchen,** welches gut bürgerlich kochen kann und sich vor keiner Arbeit scheut, für ein Gasthaus. Lohn 160 bis 180 Mk. Anfragen Vormittags.
„Polirkrug", Schwartauer Allee.

Ein **Eckhaus** vor d. Holstenthor mit Vorder- und Hintergarten ist bei ganz geringer Anzahlung sofort oder später zu verkaufen.
Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

2 vollst. Betten zu Mk. 15 u. 17 und ein **Kindersitzwagen** bill. zu verk. Hüxstr. 90, I, l.

Zu verk. 1 gut erhalt. Kinderwagen.
Rosengarten 8/3.

Zwei elegante **Damen-Masken-Anzüge** zu vermiethen. Gr. Gröpelgrube 47.

Gebrauchte Mobilien: ein- und 2thürige Kleider-, Küchen- u. Eckschränke, Waschtische, Servanten, Sopha, Tische, Stühle, Spiegel, 1 Schreibpult u. s. w. **Marlesgrube 44.**

Eine kleine **Wohnung** zu vermiethen.
Arnimstraße 26, Burgthor.

Zum 1. April mehrere kleine Wohnungen zu vermiethen zu 130—150 Mk. Näheres Wilhelmshöhe 26 I und Schwartauer Allee 90 a.

Zu vermiethen eine kleine **Wohnung** im Gang. Näheres Marlesgrube 35.

Eine freundliche **Wohnung** mit allem Zubeh. zum 1. April zu vermiethen. Hüxstengrube 12.

Zum 1. April eine abgeschlossene **1. Etage,** 2 Stuben, Speisekammer und Küche.
Alsheide 10.

Colosseum.
Heute Donnerstag den 21. Februar:
Letztes Gastspiel der berühmten
Liliputaner.
Anfang 8 Uhr.
Sperrsitz 1 Mk., Saalplatz 75 Pf.
Im Vorverkauf bei Herrn Fr. Nagel, am Markt, Sperrsitz 75 Pf., Saalplatz 50 Pf.
W. Dassler.

Stadttheater in Lübeck.
Donnerstag den 21. Februar:
92. Abonnements-Vorstellung. 2. Serie: Gelb.
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Robert und Bertram,
die lustigen Vagabonden.
Große Posse mit Gesang in 4 Abth. v. G. Räder.
Robert — Herr Magnus-Martins.
Bertram — Herr Deutschmann.
Freitag den 22. Februar:
94. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: Blau.
(Die 93. findet Sonntag den 24. statt.)
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Hänsel und Gretel.
Die Nürnberger Puppe.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 44. Donnerstag, den 21. Februar 1895. 2. Jahrgang.

Der Sozialismus in Italien.

Von dem italienischen Kammer-Deputirten Professor Enrico Ferri.

II.

Die Steuererhöhungen, die ökonomische Krisis, die furchtbaren Mißstände auf dem Lande und besonders in den Schwefelminen waren es, welche die blutigen Tumulte am Ende des Jahres 1893 in den verschiedenen Theilen Siziliens verursacht hatten. Die Bewegung war keineswegs eine ausgesprochen sozialistische; sie war eine heftige Protestkundgebung gegen die Willkür in der Führung der Gemeindeverwaltungen und die unerschwinglich hohen Steuern auf Brod und andere Lebensmittel. De Felice und die anderen Häupter der sozialistischen Partei suchten den Brand zu löschen, aber ihre Bemühungen blieben erfolglos angesichts des leicht erregbaren trotzigen und ungestümen Charakters der Sizilianer, deren Geschichte ja so häufig die stürmischsten Bewegungen aufweist. Die Partei der Großgrundbesitzer nützte diese Aufstände zu ihren Gunsten aus und stellte sie als Folgen der sozialistischen Propaganda und Taktik hin. In der Kammer stürzte sie das Ministerium Giolitti, indem sie den römischen Bankenskandal zum Vorwand nahm; ihr wirklicher Zweck war, einen Mann an die Spitze der Regierung zu berufen, der nicht davor zurückschrecken würde, die Volksbewegung durch Anwendung der äußersten Mittel zu unterdrücken.

Zu den Kundgebungen in Sizilien gesellten sich nun noch die Aufstände in Massa und Carrara, wo die Mehrzahl der Marmorgrubenarbeiter der anarchistischen Partei angehört. In Wirklichkeit ist die Bedeutung und Größe der Bewegungen sehr stark übertrieben worden. Ein Umstand wird dies am besten beleuchten: Während der sizilianischen Tumulte wurden von den Truppen ungefähr hundert Bauern getödtet, während blos ein Soldat das Leben einbüßte.

Der Mann der gewaltsamen Unterdrückung war der Sizilianer Francesco Crispi, — von albanesischer Abkunft — der die herrschenden Klassen nach Wunsch bediente und im Januar 1894 den Belagerungszustand über Sizilien und Massa-Carrara verhängte. Der Belagerungszustand brachte die furchtbarsten Repressivmaßregeln mit sich und endigte mit der Erschießung und Verhaftung derjenigen, die es gewagt hatten, nach Gerechtigkeit zu rufen, und so war bald die „Ordnung" wiederhergestellt. Die Militärtribunale entwickelten einen übertriebenen Eifer, dem Tausende von Familienvätern zum Opfer fielen und setzten ihrem Werke dadurch die Krone auf, daß sie De Felice zu 18 Jahren Gefängniß verurtheilten und mit ihm die anderen Führer der Sozialisten unter welchen der Doktor Barbato, ein hervorragender Psychiater, der sich durch seinen außergewöhnlichen Edelsinn auszeichnete, und Garibaldi Bosco, zu Kerkerstrafen von 10 bis 16 Jahren. Die Ungeheuerlichkeit dieser Verurtheilungen machte einen großen Eindruck in ganz Italien und erhöhte natürlich die Sympathien für die sozialistische Partei. Dazu kam noch die Freisprechung aller im famosen Dreißig-Millionen-Prozesse der Banca Romana Angeklagten, ein Urtheil, das allerwärts größte Entrüstung hervorrief.

Trotzdem herrschte überall Ruhe, obgleich die ökonomische und finanzielle Krisis, die seit Jahren fortdauert, die Flamme der Unzufriedenheit lebendig hielt, und das Feuer des Sozialismus anschürte, dessen Anhänger nur dadurch im Zügel gehalten werden, daß die Regierung ihnen kluger Weise und sehr geschickt zu wiederholten Malen die Amnestie ihrer verurtheilten Genossen in Aussicht stellte und theilweise auch gewährte.

Es fehlte aber nicht an weiteren Gelegenheiten, das Werk der Unterdrückung fortzusetzen. Einige arnachistische Attentate riefen einen Eindruck hervor, den die Regierung sehr wirksam aufzubauschen und auszubeuten verstand. Es wurden die Ausnahmegesetze vorgeschlagen, die ausdrücklich als nur gegen die Anarchisten gerichtet erklärt wurden. Ich sprach gleich damals (im Juli 1894) in der Kammer meine Befürchtung aus, daß diese Gesetze, die man ausdrücklich als anti-anarchistische bezeichnete, auch gegen die Sozialisten in Anwendung gebracht werden könnten, obwohl diese zu wiederholten Malen auf das Entschiedenste erklärt hatten, daß sie die gewaltsamen und persönlichen Mittel der Propaganda energisch verwerfen. Der ehrenwerthe Präsident des Kabinets Signor Crispi und der Justizminister Calenda antworteten mir angesichts des ganzen Parlaments, daß sie die anarchistische Partei sehr wohl von der sozialistischen zu unterscheiden wüßten, und daß die Ausnahmegesetze nicht gegen die Sozialisten gerichtet wären. Und so wurden sie angenommen. Aber bald nachher bewahrheiteten sich meine wohlbegründeten Befürchtungen, denn die Klassenkämpfe sind ein historisches Fatum, und die Sozialisten wären sehr naiv, wenn sie glauben würden, daß dieses Fatum ihnen gegenüber Rücksicht walten ließe. Die gegen die Anarchisten votirten Gesetze wurden fast ausschließlich gegen die Sozialisten in Anwendung gebracht, indem man sie ins Zwangsdomizil schickte, eine beneidenswerthe Spezialität der Crispinischen Polizeigesetze. Diese Gesetze wurden gegen notorisch friedfertige und ehrliche Bürger gehandhabt, riefen die Entrüstung aller gerechtigkeitsliebenden Menschen hervor und trugen wieder zur Erhöhung der Sympathien gegenüber den Sozialisten bei.

Die sozialpolitische Partei hätte nun ihren Jahreskongreß — diesmal in Imola im September 1894 — abhalten sollen. Aber Crispi untersagte ihn und ordnete endlich — durch einen seiner famosen Hauptstreiche — die Auflösung aller sozialistischen Klubs und Vereine an. Von den 69 Provinzen Italiens wurde das Auflösungsdekret nur in 25 Provinzen aus Mangel an sozialistischen Gesellschaften nicht in Anwendung gebracht. Selbstverständlich protestirte man überall energisch gegen diese Gewaltmaßregel und zahlreiche Interpellationen wurden der Kammer unterbreitet. In Mailand, wo die radikale Partei sehr stark ist, wurde sofort eine Freiheits-Liga gegründet, die aus allen Gegenden Italiens und aus allen politischen Kreisen (selbst aus konservativen) Zustimmungserklärungen erhielt und es sich zur Aufgabe machte, gegen die Vergewaltigung der Versammlungsfreiheit und der Preßfreiheit, die durch kein Gesetz gestattet ist, energisch Protest zu erheben. Doch der ehrenwerthe Crispi ließ sich dadurch nicht einschüchtern, blieb nicht auf halbem Wege stehen, sondern schritt rüstig vorwärts, den Rücken gedeckt durch die Großgrundbesitzer und Finanzleute, welchen ebenso, wie dem italienischen Hofe, die großen Fortschritte des Sozialismus zu denken geben und die, statt den Weg der sozialen Reformen zu betreten, ihren besten Schutz in ungesetzmäßigen Gewaltmaßregeln zu finden glauben.

Trotz dieses ungesetzmäßigen Vorgehens gegen die Sozialisten blieben diese aber ihrem Programme treu und hielten sogar am 20. Januar d. J. ihren diesjährigen Kongreß heimlicher Weise in Parma ab — an Stelle des von Crispi in Imola untersagten — und einigten sich dort über ihr Haltung gegenüber den im nächsten April abzuhaltenden allgemeinen politischen Wahlen. Die Verfolgungen der Sozialisten durch die Regierung werden die Wirkung haben, daß sich das gegenseitige Uebereinkommen zwischen der sozial-radikalen und der sozialdemokratischen Partei weniger schwierig gestalten wird, was die Verstärkung der sozialistischen Partei im Parlamente zur Folge haben wird. Die im Dezember v. J. und im Januar d. J. stattgehabten Ergänzungswahlen haben schon sichere Anzeichen für den bevorstehenden Sieg der radikal-sozialistisch-demokratischen Parteien gegeben. Auf 12 Wahlen fiel nur ein ministerieller Sieg, und zwar war es Ranzi in Rom, der mit 90 Stimmen Mehrheit gewählt wurde, weil selbstredend die Regierung in der Hauptstadt mehr Anhänger hat als anderswo. Von den oppositionellen 12 Deputirten sind neun Radikale und zwei Sozialisten; der Eine ist der Siziliaer Garibaldi Bosco, der zu 16 Jahren Zuchthaus verurtheilt ist: ein Beweis, daß Sizilien durchaus nicht zufrieden ist und daß die Ruhe nur eine trügerische ist; der Zweite ist Andrea Costa, der bei den allgemeinen Wahlen seinerzeit nicht durchgedrungen war.

Das ist die heutige Lage des Sozialismus in Italien, welche die Gegner mit großen Befürchtungen, die Anhänger mit großen Hoffnungen für die nächste Zukunft erfüllt. Crispi ist vielleicht der Einzige, der in dem Glauben lebt, die sozialistische Bewegung unterdrücken zu können. Aber er täuscht sich, denn in Italien giebt es außer den Hauptfaktoren, die überall das Entstehen und die Verbreitung des Sozialismus zur Folge haben — die allgemeinen ökonomischen unv sozialen Mißstände — noch zwei besondere Faktoren, gegen die sich sowohl Verfolgungen als Unterdrückungen als machtlos erweisen werden. Der erste Faktor ist die gewaltsame Kammerauflösung, die eben durch Crispi vollzogen wurde, um den heftigen Diskussionen über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen (Trigamie, Banken-Simonie, die von Herz für den Orden des heiligen MauritiusLazarus bezahlten 50 000 Frcs., die auf die Behörden in Bezug auf die Sozialisten-Verurtheilungen geübten Pressionen 2c. 2c.) auszuweichen. Der zweite Faktor ist die furchtbare ökonomische Krisis, die über Italien hereingebrochen ist, und die von Allen verspürt wird, ausgenommen von den Großgrundbesitzern und von der hohen Bourgeoisie. Diese beiden Umstände erzeugen eine intensive allgemeine Unzufriedenheit, die gelegentlich der nächsten Wahlen unzweifelhaft zum Ausdruck kommen wird. Und da die meisten Unzufriedenen die Ideen der Sozialisten mehr oder weniger theilen, so ist anzunehmen, daß die Sozialisten — ungeachtet des Gesetzes, das Crispi votiren ließ und das einen großen Theil der den Volksklassen angehören Wähler von den Wahlen ausschließt — die Zahl ihrer Vertreter in der Kammer vermehren werden.

Trotz allem dem glaube ich nicht, daß Italien das Land sein wird, welches die ersten Schritte thun wird, um das neue Jahrhundert durch einen sozialen Umsturz —

Folly Morrison.

Roman von Frank Barett.

Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

(2. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Drittes Kapitel.

Der Baron Aveling war nicht seiner eigenen Ueberzeugung gefolgt, indem er John Morrison freiließ; nach seiner Ansicht war Unredlichkeit die Ursünde und das Erbtheil der Armuth, und diese Sünde mußte bestraft werden. Aber der Pächter hatte dem Baron auseinandergesetzt, daß John Morrisons Familie der Gemeinde zur Last fallen würde, wenn man ihn einsperrte; außerdem verschwieg Marsch auch nicht, daß es für ihn selbst sehr störend wäre wenn er den fleißigen Arbeiter gerade jetzt entbehren müßte. So hatte Sir Aveling nachgegeben und den Uebelthäter freigelassen, freilich nicht, ohne ihm zuvor eindringlich ins Gewissen zu reden. Er machte ihm begreiflich, daß die Obrigkeit das Schwert nicht umsonst führe; daß er nicht länger ein ehrlicher Mann sei, und daß er gut thun werde, künftighin seine Augen bescheiden niederzuschlagen, wenn er in Gesellschaft braver Männer und braver Frauen sei. Er habe Strafe verdient, und wenn man ihn begnadige, so müsse er sich dieser Nachsicht auch würdig erweisen.

Sir Aveling gilt im ganzen Bezirk für gutmüthig und freundlich, und auch John kannte ihn nicht anders. Es konnte deshalb nicht fehlen, daß die Worte des Barons Eindruck auf ihn machten.

Im vergangenen Winter hatte John gleich vielen anderen im Schlosse Suppenmarken und zwei wollene Decken enthalten und wenn der Baron, der so wohlthätig war, jetzt dem Arbeiter sagte, er habe nicht mehr das Recht, sich ehrlich zu nennen, so mußte das wohl richtig sein.

John Morrison war bisher auf seine Ehrlichkeit stolz gewesen und sich bei all seinem Elend noch reich erschienen, wenn er sagen konnte: ich arbeite seit 25 Jahren bei einem und demselben Herrn, und er hat noch nie über mich zu klagen gehabt, er hat mir alles anvertraut. Als aber John an jenem Novemberabend das Schloß verließ, war er arm, bettelarm geworden, und mit müdem, schweren Schritt wanderten die beiden Ehegatten heimwärts.

Der nächste Tag war ein Sonntag und so hatte John mehr Zeit zum Nachdenken und Grübeln als für seinen Gemüthszustand zuträglich war. Er saß am Herd, stützte den Kopf in die Hand und starrte in die knisternden Flammen; er achtete nicht auf das Geplauder der Kinder und wenn Hanne eine Frage an ihn richtete beantwortete er dieselbe kurz und schneidend.

Am Abend, als die Kinder schliefen, setzte Hanne sich neben den Gatten und sagte, indem sie die Hand auf seinen Arm legte:

„Sei nicht so betrübt, John, es hätte noch schlimmer kommen können!"

„Wüßte nicht wie! Was soll aus den Kindern werden, wenn's bekannt wird, daß ihr Vater ein Dieb ist? Keiner wird sie in Dienst nehmen wollen."

„Aber John — Du bist doch kein Dieb — Du säßest ja sonst nicht hier!"

„Sir Aveling hat gesagt, ich sei ein Dieb, und die Andern haben's gehört meinst Du, die werden schweigen? Ledgar kühlt auf diese Weise sein Müthchen — er hat mir's nie vergessen, daß ich bei Dir ausgestochen habe! Armes Weib — ich habe Dir einen schlechten Dienst geleistet, indem ich's that — an seiner Seite hättest Du ein besseres Loos gehabt. Aber ich hatte Dich gar zu lieb — und —"

„Schäme Dich John, so zu sprechen — Du weißt, daß ich mich noch nie beklagt habe, Du bist mir mit allem Unglück nur noch lieber geworden. — Wer Dich übrigens kennt, wird Ledgars Lügen keinen Glauben schenken."

„Es sind keine Lügen — ich habe gestohlen!"

„Thorheit — um etlicher Stecken verfaulten Holzes willen wird Dich Niemand Dieb schelten."

„Doch Hanne — 'sist nicht anders. In der Gegend wo Du zu Hause bist, sind die Grundherren vielleicht weniger streng; aber hier nennen sie's Diebstahl."

„Aber John — es kann doch nicht unrecht sein, etwas Werthloses zu nehmen?"

„Ach Hanne — ich verstehe die Gesetze nicht! Die Reichen machen sie, und wir leiden darunter."

„In Gottes Namen, so wollen wir's tragen. Wir thun unsere Schuldigkeit, und wenn wir alt werden und nicht mehr arbeiten können, müssen wir ins Armenhaus gehen."

„Bis dahin wird jeder mich scheel ansehen, weil ich gestohlen habe."

„So kümmere Dich nicht um die Menschen, John — Deine Hanne wird Dich nur lieber haben, je mehr die Leute Dich kränken."

Wirklich gelang es dem braven Weibe, John zu trösten, aber gegen die Angriffe Anderer konnte sie ihn leider nicht unempfindlich machen. Am Montag hielt ihm Pächter Marsch eine Standrede, und zwar ermahnte er ihn nicht nur, in Zukunft ehrlicher zu sein, sondern auch seinen Kopf weniger hoch zu tragen und nicht so unabhängig zu thun. Zum Schluß fragte der Pächter:

sei er nun friedlicher oder gewalsamer Natur — einzuleiten. Die soziale Entwicklung ist in Italien weniger weit vorgeschritten als in anderen Ländern und der Charakter des italienischen Volkes ist weit eher zu ungestümen, aber vorübergehenden Ausbrüchen der Leidenschaft, als zur Durchführung reformatorischer Werke geneigt, die sich langsam, aber unerbittlich entwickelt wie uns die Bewegung in Deutschland und England zeigt.

(„Die Zeit".)

Soziales und Partei-Leben.

Ein scharfes Momentbild unserer gegenwärtigen sozialen Zustände bietet eine Mittheilung, die in diesen Tagen durch die bürgerlichen Blätter der Stadt Berlin ging und folgendermaßen lautet: „In der Stadtvogtei und ihren Filialen waren gestern 1826 Personen internirt. Auswärtige sind in diesem Winter nur sehr wenige aufgegriffen worden, die vom Magistrat erlassene Warnung scheint somit den Zustrom Arbeitsloser gehemmt zu haben. Plötzensee und seine Filiale hatte kürzlich 2526 Gefangene, 526 über den Etat. Auch das für 1000 Personen eingerichtete Untersuchungsgefängniß ist stark überfüllt, es hat für 1265 Gefangene Unterkunft zu schaffen. Die Nothwendigkeit der Erbauung eines weiteren Gefängnisses tritt somit immer lebhafter zu Tage. Man plant, das neue Gefängniß bei Tegel zu errichten." — Gewiß, nur immer neue Gefängnisse und als würdige Seitenstücke dazu neue Kasernen gebaut — das soll schon helfen!

An die Schlachtergesellen Deutschlands!

Seit einigen Jahren besteht unter den Schlachtergesellen eine eifrige Bewegung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, für die Berufsgenossen bessere Arbeitsverhältnisse zu erringen. In mehreren Städten haben sich Kollegen aus unserem Beruf gefunden, die den Anschluß an den Verband der Schlachter lebhaft betrieben haben und dazu beitrugen, daß sich unsere Kollegen immer mehr von der Harmonieduselei lossagten.

Kollegen! Sehen wir hinaus auf die Landstraße, so finden wir, daß trotz der Saison Tausende hungernd und arbeitslos umherwandern, während diejenigen, die in Arbeit stehen, Tag und Nacht thätig sein müssen. Sollte dies nicht für jeden Kollegen eine Mahnung sein, über seine Lage nachzudenken, um sich zu geloben mitzuhelfen, damit auch in unserem Gewerbe die Verhältnisse für die Gesellen bessere werden? Deshalb rafft Euch auf, setzt Euch mit den aufgeklärten Arbeitern in Verbindung und schließt Euch dem Verbande an. Wo es gewünscht wird, ist der Unterzeichnete gern bereit, das Referat zu übernehmen. Die aufgeklärten Arbeiter ersuchen wir, diesen Aufruf soviel wie möglich unter den Schlachtergesellen zu verbreiten; denn die meisten unserer Kollegen bekommen keine Zeitung zu Gesicht. Wegen Material, Statutenbücher u. s. w. wolle man sich gleichfalls an den Unterzeichneten wenden.

Der Vorstand
des Verbandes der Schlachtergesellen Deutschlands.
J. A.: Fritz Gaßmann, Berlin, Blumenstr. 38.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Seesen (Braunschweig) haben die Sozialdemokraten einen erfreulichen Sieg erfochten. Es erhielten im ersten Wahlgang Gen. A. Krosse 115, der gegnerische Kandidat, Schuhmachermeister Kleine 69 Stimmen. Im zweiten Wahlgange fielen auf den Genossen C. Bock 104, auf den Gegner, Lohgerbermeister Pentzke 102 Stimmen. Unsere Genossen Krosse und Bock sind somit gewählt.

Der internationale Kongreß der Bildhauer findet, wie nunmehr entgültig bestimmt ist, Mitte Juni d. Js. in Nürnberg statt. Hauptsächlich soll über eine internationale Verständigung bei Streiks und über Unterstützungsangelegenheiten verhandelt werden.

Aus Nah und Fern.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich am Sonnabend Abend in Spandau ereignet. Im Hause Lynarstraße 10 sollten die zugefrorenen Wasserleitungsrohre aufgethaut werden, und ein zu diesem Zweck herbeigeschaffter Dampfkessel war auf dem Hausflur in Funktion gesetzt worden. Um ihre Arbeit an der Rohrleitung zu verrichten, hatten sich die zur Bedienung des Kessels bestimmten Leute entfernt und den Dampfapparat ohne Aufsicht gelassen. Während ihrer Abwesenheit machte sich ein 11jähriger Knabe an dem Dampfkessel zu schaffen und stieß die Maschine um. In diesem Augenblicke explodirte der Kessel und der ausströmende heiße Wasserdampf ergoß sich über den Knaben und drei andere Kinder, die sich in der Nähe befanden. Der Knabe, Sohn des Arbeiters Linke, wurde am ganzen Körper entsetzlich verbrüht; sein Gesicht ist eine unkenntliche Masse; gefährlich verbrannt wurden auch die ein Jahr jüngere Schwester und zwei kleinere Kinder des Arbeiters Schulz. Die Kinder, welche furchtbare Qualen auszustehen haben, wurden nach dem städtischen Krankenhause geschafft; zwei von ihnen werden kaum wieder aufkommen.

Wegen 10 Kopeken sind am 8. Febr. im Städtchen Kryschopol im Odessaer Bezirke fünf Personen ermordet worden. Der Mörder, der 60jährige Nachtwächter Katerintschuk, erzählte, wie die „Odesskija Nowosti" melden, er sei mit einer Frau Namens Feldmann wegen zehn Kopeken, die sie ihm versprochen, in Streit gerathen; er sei ihr nachgelaufen und habe sie mit einer Eisenstange niedergeschlagen. Auf die Hülferufe der Frau eilte ihre Köchin herbei, welche der Mörder auf dieselbe Weise erschlug; sodann begab er sich in das Haus und tödtete die zwei schlafenden Pensionäre der Frau Feldmann, die vierzehn- und siebzehnjährigen Rabinowitsch und ihren Lehrer Bernstein. Als Feldmann selbst nach Hause kam, trat ihm Katerintschuk entgegen uno holte zum Schlage aus, der aber fehlging und dem alten Mann nur die Schulter streifte. Auf dessen Geschrei liefen die Nachbarn herbei und Katerintschuk wurde verhaftet.

Zum Kampf für Religion, Sitte und Ordnung. Ein Pistolenduell mit traurigem Ausgange hat, wie der „Germania" geschrieben wird, zwischen einem Reservelieutenant F. und einem Bonner Korpsstudenten in der Nähe von Godesberg stattgefunden. F. erhielt einen Schuß durch den Hals, so daß ernstliche Gefahr für sein Leben vorhanden ist. Ursache des Duells war eine in der vorigen Woche zwischen Duellanten stattgefundene Schlägerei, bei welcher H. dem F. das Nasenbein zertrümmerte. Dazu kommt jetzt noch für F. ein durchschossener Hals — aber seine Ehre hat er gerettet! Kann der Unsinn des Duells krasser dargethan werden?

Standesamtliche Nachrichten
vom 10. bis 16. Februar 1895.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

5. Gärtner Georg August Carl Heinrich Gläser. 6. Glasermeister Carl Wilhelm Christian Pfenstg. 9. Eisenbahn-Expeditions-Assistent Johann Heinrich Ludwig Schumacher. Güterschreibergehülfe Anton Heinrich Ferdinand Breutigam. Steuermann Carl Wilhelm Hermann Bollmann. Tischlergeselle Johann David Rhode. Kutscher Heinrich Friedrich Christian Frick. 10. Gärtner Adolph Theodor Andreas Mehwoldt. Arbeitsmann Joachim Karl Johann Plog. Schiffskoch Carl Georg Ludwig Körner. Arbeitsmann Fritz Hinrich Johann Grabner. 11. Tischler Louis Christian Theodor Altenfelder. Diätar am Steuerbureau Joachim Louis Rudolph Rohwedder. Buraupvorsteher Karl Wilhem Patzig. 12. Arbeitsmann Friedrich Heinrich Christian Beuthin. 13. Fuhrmann Joachim Heinrich Roxin. Cigarrenmacher Johannes Heinrich Aug. Hümöller. Träger Franz Gottfried Heinrich Mundt. 14. Arbeitsmann Johann Joachim Dietrich Erdmann (Krempelsdorf). Arbeitsmann Joachim Heinrich Theodor Plate. 15. Beamter der Hanseat. Versicherungs-Anstalt Ernst Paul Franz Utech. 16. Handlungsgehülfe Johannes Christian August Vollan.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

4. Krämer Heinrich Julius Wilhelm Schütt. 7. Eisenbahn-Wagenschieber Johann Joachim Heinrich Bülow. Konditor Ernst Wilhelm Karl Herold. 8. Straßenbahn-Wagenführer Johann Heinrich Carl Becker. Arbeitsmann Friedrich Heinrich Theodor Reuter. 10. Kaufmann Johann Jochen Wilhelm Bohnhoff. Böttchergeselle Ernst Johann Heinrich Jürs. 11. Schneider Joh. Joachim Heinrich Klempau. Arbeitsmann Adolph Johann Ludwig Friedrich Bitense. 12. Dampfschiffsmaschinist Carl Georg. Böttchergehülfe Ferdinand Hermann Johannes Franz Roß. Arbeitsmann Heinrich Friedrich Johann Peter Schröder. 13. Maurermeister Johann Heinrich Friedrich Lankau. 14. Schänkwirth Richard Ferdinand Fritz Köppen (1 Fischerbuden). 15. Kaufmann Louis August Carl Linde.

Sterbefälle.

Februar. 9. Christine Elisabeth geb. Wiese, Wittwe des Schneidermeisters Heinrich Steinfadt, vorher verwittwete Just, 69 J. Dorothea Johanna Carolina geb. Schwenn, Wittwe des Buchhalters Johann Joachim Schütt, 78 J. 10. Conditor Julius August Höppener, 64 J. Arbeitsmann Hans Peter Möller, 59 J. 11. Auguste geb. Reddelien, Wittwe des Kaufmannes Johann Matthias Eckhoff, 84 J. Paul Johannes Heinrich Ludwig Retelsdorf, 12 J. Ein todtgeb. Knabe, V.: Kaufmann Hugo Heinrich Christian Becker. 12. Ein Mädchen, 1½ Stunden, V.: Dampfschiffsmaschinist Carl Georg. Vogt Jürgen Hinrich Reher, gen. Schaumann, 54 J. Arbeitsmann Johann Hinrich Peter Koltz, 75 J. 13. Alice Minna Domnick, 15 J. Ida Eneick, 21 T. Hannchen geb. Cohn, Ehefrau des Pferdehändlers Hermann Salomon Wolfsfeld, 24 J. 14. Ein todtgeb. Knabe, V.: Tapezier und Dekorateur Hinrich Mohr. Marie Friederike Elisabeth Götz, 3 M. Arbeitsmann Hinrich Jochen Johann Wulf, 42 J. Catharina Magdalene Engel Grube, 67 J. 15. Anna Christina Charlotte geb. Martz, Ehefrau des Uhrmachers Gustav Heinrich Kistenmacher, 55 J. Arbeitsmann Johann Heinrich Hermann Vagt, 50 J. 16. Arbeitsmann Carl Gottlieb Marcus Pohlmann, 69 J. Fuhrmann Hans Peter Hinrich Schumacher, 59 J.

Angeordnete Aufgebote.

Februar. 12. Heizer Johann Anton Wilhelm Schiering und Sophia Catharina Dorothea Howe. 13. Arbeiter Johann Andreas Friedrich Buhr und Anna Doris Christina Sophia Maria Thiefs. Lagermeister Heinrich Carl Johann Emil Dunckel zu Braunschweig und Sophia Wilhelmine Amalie Schulze. 15. Tischlergeselle Julius Heinrich Carl Lehsten und Sophia Christina Louise Johanne Juliane Buck. 16. Tischlergeselle Wilhelm Oldrich und Luise Anna Elise Rubien. Schlachter Wilhelm Johannes Louis Musse zu Schwerin und Anna Maria Magdalena Schleuß.

Eheschließungen.

Februar. 12. Landmann und Posthalter Jacob Diedrich Hinrich Todt zu Sagard a. R. und Friederike Marie Anna Köpff. 15. Uhrmacher August Carl Büttner und Catharina Maria Helene Westphal. Damenschneider Bernhard Johannes Heinrich Meyerhoff und Marie Margaretha Elisabeth Klempau. Kutscher August Bobrowski und Marie Johanna Wilhelmine Meyer. Cigarrenarbeiter Ludwig Hinrich Friedrich Groth und Bertha Maria Sophia Dorothea Voß. 16. Hülfsschutzmann Jochen Hinrich Ahrendt und Sophia Dorothea Schlatow.

„Warum vertragt Ihr Euch nicht mit Ledgar, John? Reicht ihm die Hand und vergeßt Euren Groll — wäret Ihr besser mit ihm gestanden, wäre Euch die Suppe nicht eingebrockt worden."

„Wenn Ledgar als Spürhund bezahlt wird, muß er seine Pflicht thun wie jeder andere Dienstbote," versetzte John störrisch.

„Unsinn, John — hätte er nicht Groll gegen Euch gehegt, dann würde er gar nicht danach gefragt haben, ob Ihr einen Stecken Holz aufhobet oder nicht! Wer mit den Leuten leben will, muß sich beugen. Ich selbst muß mich dem Baron unterordnen, weil er mein Grundherr ist, und wenn Ihr seinem Wildhüter ein gutes Wort gebt, wird Euch auch keine Perle aus der Krone fallen."

John schwieg; er konnte es nicht begreifen, daß er einem Menschen, der ihm verächtlich war, entgegenkommen sollte. Auch Frau Marsch hielt ihm eine Strafpredigt, während er die Kühe fütterte, und damit ihre Ermahnungen auch Anderen zu Gute kommen möchten, wählte die Pächtersfrau die Melkezeit und richtete ihre Rede abwechselnd an John und an die beiden Mägde, welche die Milch durchseihten.

Die Knechte schwiegen über die Sache, aber ihr Schweigen bedrückte John gleichfalls. Er ging ihnen aus dem Wege und arbeitete doppelt eifrig, um ihrer Hülfe nicht zu bedürfen. Als er am Abend heimging, sah er den Leuten, die ihm entgegenkamen, nicht ins Gesicht; er schämte sich, und als ihm einer die Zeit bot, hatte er nicht den Muth, zu antworten. In seinen Gedanken stand er schon auf gleicher Stufe mit Landstreichern und ähnlichem Gesindel, und so ward er immer unglücklicher. Die Fliege an der Wand ärgerte ihn, er wurde reizbar und heftig, und zuletzt gab er sich gar keine Mühe mehr, seine schlimme Laune zu überwinden. Mit Ledgar traf er öfter zusammen, aber er sprach ihn nicht an. Eines Abends begegneten sich Beide an einer tiefen mit Wasser gefüllten Grube im „Sandweg". John mußte an sich halten, um nicht seinem Widersacher zu Leibe zu gehen. Vielleicht las Ledgar etwas Aehnliches in John's düsterem Gesicht, denn er trat auf ihn zu und sagte kriechend: „Guten Abend, John, ich freue mich, Euch zu treffen. Ich wollte Euch schon längst gern sagen, wie leid mir die Geschichte that."

„Wenn Ihr dafür bezahlt werdet, ein schmutziges Geschäft zu treiben, so müßt Ihr's thun," fiel John dem Wildhüter mit scharfer Betonung in's Wort und dann ging er weiter.

„Ich werde Dir's eintränken," knirschte Ledgar, sich abwendend. — —

Das Jahr ging zu Ende. Weihnachten war vor der Thüre, und eines Abends sagte Hanne: „John, auf's Fest müssen wir den Kindern doch eine kleine Freude machen — sie sollen ein Stückchen Fleisch und einen Pudding haben."

„Wüßte nicht, wo Fleisch und Pudding herkommen sollten?" meinte John finster, „uns wird auch keiner was schenken!"

„Das meinte ich auch gar nicht, John; sieh, hier sind drei Schilling, die ich so unter der Hand zusammengespart habe." Und damit legte Hanne den Betrag in lauter kleinen Stücken vor John auf den Tisch, leider vergeblich hoffend, den lieben Gatten dadurch aufzuheitern."

„Nun John", begann sie nach einer Weile, „willst Du das Geld nicht einstecken? Denk' doch, wie die Kinder sich freuen werden! Am Sonnabend gehen wir beide zusammen nach Guildford und kaufen ein, wenn Dir's recht ist.

„John blickte von dem Gelde auf seine Frau, dann seufzte er tief auf und steckte die Münzen in die Tasche, aber er schwieg noch immer.

„Wir gehen am Sonnabend nach Guildford, nicht wahr?" fragte Hanne.

„Ja mein Herz," murmelte John, tapfer mit seinen Thränen kämpfend.

„Gieb mir einen Kuß, Hanne — Du beschämst mich mit Deinem großen Muthe! Nein — Du mußt nicht weinen — ich nehme mich ja auch zusammen — so, nun ist's gut und am Sonnabend gehen wir nach Guildford!"

* * *

Am nächsten Tage erfuhr John, daß im Schlosse Brod und wollene Decken an unbescholtene ärmliche Familien ausgetheilt würden. John überlegte still bei sich, ob er seine Frau hinschicken oder ob er selbst gehen sollte. Endlich entschloß er sich für das Letztere und machte sich am Abend nach beendetem Tagewerk still auf den Weg. Als er am Parkthor anlangte, und dem Parkhüter mittheilte, weshalb er komme, wollte dieser Einwendungen machen, doch ließ sich John nicht dadurch aufhalten.

„Na, Ihr müßt ja wissen, was Ihr zu thun habt," grinste der Parkhüter. „Geht immerhin in die Gesindestube, dort wird ausgetheilt!" Und als John schweren Schrittes dem Schlosse zuging, murmelte der Mann hinter ihm drein: „Eine solche Unverschämtheit sucht ihresgleichen!"

Im Gesindezimmer standen etwa sechs arme Teufel neben einem mit Brodlaiben bedeckten Tisch; auf der Ofenbank lag ein Haufen wollener Decken. Die Haushälterin, welcher Austheilung oblag, machte sich Notizen, während der Hausverwalter mit den Bittstellern sprach. Als nun John Morrison eintrat, wandten sich ihm gleich aller Blicke zu, und die Haushälterin fragte ihn freundlich:

„Nun, lieber Mann — was ist Euer Begehr?"

„Wenn ich eine Wolldecke und einen Laib Brod bekommen könnte, Frau Peters, dann würde ich Ihnen sehr dankbar sein," antwortete der Gefragte darauf ganz bescheiden.

„Eine Decke und Brod — für Euch selbst?"

„Nein, Frau Peters — für meine Frau und die Kleinen.

„Hm — ich muß erst mit dem Herrn Verwalter darüber sprechen — was meinen denn Sie dazu, Herr Barrow?"

Dieser sprach leise mit ihr und entfernte sich dann kopfschüttelnd, um sich bei einer höheren Instanz Raths zu erholen.

„Sagen Sie dem gnädigen Herrn, Herr Barrow," rief John dem Verwalter nach, „daß ich nur für meine Kinder und für mein armes Weib, dessen Niederkunft bevorsteht, gebeten habe."

Herr Barrow nickte und murmelte einige unverständliche Worte. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck Große Altefähre 35/37.